

# Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungsverord. für 1886 unter Nr. 769.)

**Insertionsgebühr**  
beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Reuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

## Abonnements - Einladung.

Zum bevorstehenden Vierteljahrwechsel erlauben wir uns alle Arbeiter Berlins zum Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“

mit der Gratisbeilage

„Illustrirtes Sonntagsblatt“

einzuladen.

Das

„Berliner Volksblatt“

kostet für das ganze Vierteljahr frei ins Haus 4 Mark, für den Monat April 1 Mark 35 Pf., pro Woche 35 Pf.

Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungsbedruckern, sowie von der Expedition unseres Blattes, Zimmerstr. 44, entgegengenommen.

Für außerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnements für das nächste Vierteljahr zum Preise von 4 Mark entgegen. Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“

## Er hat sich nochmals selbst gerichtet

Der Berliner Hofapostel Stöcker in der Reichstagsitzung vom 30. März. Dieser Tag, den er dazu bestimmt zu haben schien, sich zu „rehabilitieren“, wurde für ihn ein wahrer Tag des Unglücks! Der edle „Diener Gottes“, der seit Jahr und Tag unter stetem Verus auf „Gott“, „Religion“, „Kirche“, „Christliche Staatsordnung“ etc. die denkbar wüsthafte Heize gegen das Judentum betreibt und die niedrigsten Leibesgeschäften, Neid, Haß und Nachsucht aufstachelte, um von der lieben Unwissenheit und Beschränktheit seiner „Berehrer“ als ein „weiter Luther“ angestaut und beweihräuchernd zu werden; dieser tragi-komische Fanatiker, der seinen Feinden gegenüber in rücksichtslosster Weise nach dem Grundsatz handelt: „Der Zweck heiligt die Mittel“; dieser „fromme“ Prediger der Nächstenliebe und des Gehobtes: „Du sollst nicht lügen“, dessen „Wahrheitsliebe“ erst ganz kürzlich vor Gericht in einer für ihn geradezu vernichtenden Weise illustriert wurde; dieser „verehrungswürdige“ Mensch hatte die Unerschrockenheit, in der Sozialistengesetz-Debatte nicht nur seinen religiösen Fanatismus, sondern auch seiner fasslich bekannten Schmachsucht Rechnung trägt, so würde sein letztes Auftreten im

Reichstage als solch ein Beweis anzusehen sein. Er trug eine Selbstüberhebung und Selbstüberschätzung zur Schau, für die er mit Recht die ungestüme Heiterkeit der Majorität des Hauses erntete. Es hätte nur noch gefehlt, daß er ausrief: „Mein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit.“ Er geriet sich so vollständig als Verkünder des Willens und der Absichten der Gottheit, wie immer nur ein unfehlbarer Papst es thun könnte. Seines Weisens vollste Schale spritzte er über die „gottlosen“ Sozialdemokraten, insbesondere über den ihm so sehr verhassten „Juden“ Singer. Das ganze Gedächtnis erinnerte uns lebhaft an die Fabel von dem Raben und dem Schwan. Den schwarzen Gefellen ärgert des Schwanes helles Kleid, der auf klarem Wasser ruhig seine Bahnen zieht; er trägt einen Haufen Roth zusammen und bewirft damit seinen Feind. Der aber taucht unter und erscheint im nächsten Augenblicke so wie zuvor, während die böshafte schwarze Kreatur sich erst mühsam die Krallen wieder vom Rothe säubern muß.

Wenn's dem Berliner Hofprediger wieder einmal einfallen sollte, die Rolle des Raben zu spielen, so möge er sich dieser Fabel erinnern. Uebrigens haben wir keinen Anlaß, einem Menschen zu großen, der es so trefflich wie er verstand, sich vor den versammelten Vertretern der Nation selbst moralisch hinzurichten.

## Die belgischen Tumulte.

In der belgischen Deputiertenkammer sind die Unruhen nunmehr zur Sprache gekommen. Der Ministerpräsident Bernaert machte folgende Mittheilungen über die Bewegung und deren Ursachen: Die Arbeiter klagen über unzureichenden Lohn und verlangten eine Verärgerung der Arbeitszeit. Die Ergebnisse aus der Ausbeutung der Kohlengruben seien indes äußerst spärlich; in den letzten 8 Jahren habe das dabei interessirte Kapital nur 1 Prozent ergeben, und wenn man das den Arbeitern zukommen lassen wolle, so würden diese daraus doch nur einen Mehreinkommen von 6 Centimes täglich haben. (71) Der Minister giebt sodann eine Darstellung der Vorgänge, bei denen sich nur die Hefe des Volks betheiligt habe. Durch die am 18. März in Brüssel vorgekommenen Aufrührungen seien die Behörden überfallen worden, am 20. aber seien Truppen requirirt und die Ordnung sei sofort wieder hergestellt worden. Auch die Unterdrückung der am 26. d. im Kohlenrevier von Charleroi stattgehabten Ausschreitungen und Verhaftungen habe nicht auf sich warten lassen. General van der Smissen habe bereits am 27. mit 12 Bataillonen und 9 Eskadrons in dem Kohlenreviere von Charleroi gestanden. Man mache der Regierung den Vorwurf, daß sie den Effectivstand des Heeres zu sehr verringert habe, derselbe betrage 44 750 Mann. Am 27. d. sei die Einberufung weiterer zwei Klassen der dienstpflichtigen Mannschaft angeordnet, dieser

Befehl sei in rascher Ausführung begriffen. Man müsse jetzt an die Zukunft denken. Die Regierung werde dies in aller Ruhe thun und nach Mitteln suchen, den Arbeitern zu helfen und Arbeit für sie zu finden. Nicht die Arbeiter seien es, denen man die vorgekommenen Verwüstungen zuschreiben habe. Die Regierung werde einen Kredit von 43 Millionen fordern; man sei beschäftigt mit dem Vorarbeiten für den Bau von Dynamitlinien und noch vor dem Ende des Jahres würden 352 Kilometer dieser Linien dem Betriebe übergeben werden können. — Nach dieser Darstellung des Ministers scheinen einmal die Ereignisse sich nicht so schrecklich gestaltet zu haben, als sie Anfangs geschildert wurden, und scheinen wiederum verlorne Vorfälle und weniger eigentliche Arbeiter die Hauptverderbten gewesen zu sein.

Wir fassen nunmehr nach den telegraphischen Meldungen die letzten Nachrichten zusammen, die aus dem Bassin von Charleroi nicht mehr so schlimm lauten. Allerdings ist es noch an einzelnen Stellen zu blutigen Zusammenstößen gekommen, so in Mariemont, wo 3000 Streikende einen Angriff auf das Kohlenbergwerk machten und von den Truppen zurückgeschlagen wurden, wobei 14 Personen getödtet oder verwundet wurden; so in Vargès wo es zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Gendarmarie kam. Auch weitere Arbeitseinstellungen haben im Laufe des Monats noch stattgefunden, aber zu Ausschreitungen wie am Sonnabend ist es nicht mehr gekommen. Es wurden zahlreiche Verhaftungen von Anarchisten und Aufrührern vorgenommen. Das eingetretene starke Regenwetter erleichterte den Truppen die Unterdrückung der Bewegung. — Nach einem Wolff'schen Telegramm aus Tournai ist dajelbst eine Anzahl Streikender in die Stadt eingedrungen und verlangt von den Besitzern der Steindrücke eine Erhöhung der Löhne, sowie schriftliche Verpflichtungen der Arbeitgeber. — Aus Antoining wird gemeldet, daß zahlreiche Abtheilungen Streikender die ländlichen Orte durchziehen und zur Arbeitseinstellung aufordern.

Ueber das Verhalten der Soldaten äußern sich einzelne Organe sehr mißfällig. So schreibt ein Berichtstatter des „Berl. Tagebl.“: „Ich habe Gelegenheit, mit verschiedenen Arbeitern zu sprechen; ich habe mich diesen Morgen, um die Ansichten der Leute kennen zu lernen, eigens unter Arbeiter in ein Kupfer dritter Klasse gesetzt und dabei gefunden, daß die Leute durch die Attaken des Militärs weniger gebändigt, als fürchterlich erbittert worden sind. Vor Allem sind die Frauen wie rasend und reizen die Männer unermüdlich zum Widerstande. Das vergossene Blut hat einen Ingrimm und Haß hervorgerufen, deren Folgen gar nicht abzusehen sind. Es ist ohne Grund auf uns geschossen worden!“ behaupten die Leute; ein Arbeiter ergüßte seine Kameraden, die Soldaten hätten ohne Weiteres auf eine friedliche Deputation gekauert, die sich dem Offizier genähert hätte, um mit ihm zu unterhandeln.

Was hieran Wahres ist, mag dahingestellt bleiben, das Blutbad von Roux am 27. März hätte dagegen nach meiner Ansicht wohl vermieden werden können. Nach den Berichten der belgischen, den Fabrikbesitzern freundlich gesinnten Presse

## Feuilleton.

### Der Trödler.

Roman von A. E. Brachvogel.

(Fortsetzung)

„Pui, Beate, wie unrecht!“ sagte Mathilde. „Ja, pui immerzu, aber ich hab' auch gehört, daß ihn der Alte gefragt hat, ob ihm denn kein Mädel in S... gefalle? Da erzählte Edmund denn von Wulfens und Beate's und, der Geier weiß, von welchen Frauensleuten, und der Alte rechnete schon aus, wie viel Vermögen Beate hätte. Auf eine Baroness As-, Ah-, Du lieber Gott, hab' ich den verrückten Namen vergessen! Mit As fing er an, kurz, auf eine Baroness Wulfensheim, oder so 'was, ist der Herr Edmund ganz verfallen, aber der Alte schien schlechte Lust zu haben! Warten Sie's nur ab, in ein paar Tagen wird sich schon Alles zeigen!“

„Es ist aber doch ganz unmöglich, Beate,“ seufzte Christine. „Wer Edmund beim Abschied sah, kann's nimmermehr glauben! Paßt auf, es kommt doch besser, als wir denken.“

„Ich muß ihn sprechen, Beate, will den Versuch machen, ob er mir ausweicht; Mutter! laß uns morgen Nachmittag auf den Friedhof zu Annen gehen, und Beate mag es ihm sagen. Kommt er nicht, dann —, dann soll Beate recht haben.“

„Es ist das Beste,“ antwortete die Mutter, „dann kommst Du doch wenigstens einmal in die Ruhe. Warst Du doch in den letzten Monaten in ewiger Aufregung!“

„Gut, Madame Schätzlein. Morgen früh werd' ich's ihm sagen. Wollen sehen, ob sich eine erfahrene Person wie ich täuscht. Haben wir's nicht seinen Briefen den ganzen Winter und das Frühjahr über angesehen, daß er von seiner Mathilde, seinen Versprechungen und den Leuten im „kalten Stein“ herzlich wenig wissen will, und nur noch Schande halber so thut, als gingen sie ihn 'was an?“

Schätzlein trat von der Thür weg, er wusste genug. — Schnell zündete er seine Pfeife an und qualmte heftig vor sich hin, während er in die Lampe stierte. Bald lächelte er höhnisch, bald murmelte er, wie zornig bewegt.

Als die Frauen hereinlamen, fanden sie ihn eifrig lesend, und man ging ohne große weitere Unterhaltung zu Bett.

Ihre empörten Gefühle, ihr gekränkter Stolz hatten die alte Beate verleitet, Edmund's Sünden im schwärzesten Lichte darzustellen, und der armen Mathilde wie Wüthter Christinen eine schlechte Nacht zu machen. Mit der Wichtigkeit, die sich diese Gute als Erzieherin Edmund's und Vertraute seiner Liebesgeheimnisse annahm, ließ sie den jungen Mann am andern Morgen, nachdem Papa Penningens in's Geschäft hinabgegangen war, ihre Verstimmlung empfinden. Da Edmund dies aber nicht verstehen zu wollen schien, sondern sich trällernd ansah, Dinsten zu machen, konnte sie sich nicht länger halten.

„So? Also Herr Edmund vergessen wohl ganz, wem Sie Ihre Liebe und Treue geschworen haben und daß Sie Nachmittags an Annens Grabe Gesellschaft finden können. Sie natürlich denken an nichts, als — als an die Baroness!“

Edmund schrak fürchtbar zusammen und starrte Beaten an, indem er sich heftig auf die Lippen biß.

„Beate, ich bin Dir vielen Dank schuldig, und den werde ich nie vergessen, eben so wenig wie meine übrigen Pflichten. Eine Idee muß ich Dir aber benehmen, nämlich die, ich sei der Knabe noch, den Du hofmeisterin kennst. Was ich thun und lassen soll, ist meine Sache, und ich rathe Dir, Deines eigenen Vortheils wegen, mich' Dich nicht hinein!“

„O schön, junger Herr, gut, junger Herr! Von heute ab wird mich auch nichts mehr 'was angehen! Wird' mich nicht mehr hergeben, Ihre heimlichen Briefe —“

„Die brauchst Du auch nicht mehr zu bestellen, eben so wenig wie Du den Spion an der Thür zu machen hast, wenn ein Sohn mit seinem Vater spricht! Ich habe sonst eine alte, treue, gutherzige Beate gehabt, von der ich mir

Vielen gefallen ließ, weil sie eben meine alte Beate war, eine gemeine Horcherin und Klatscherin verachte ich!“

Beate ging zornsprühend hinaus und warf die Thür in's Schloß, um sich in der Küche auszuweinen. Sie war zu der traurigen Einsicht gekommen, daß ihr unumschränktes Reich gänzlich vorüber und Edmund, so schlimm gekränkt sei, daß eine treue Person, wie sie, dem Undankbaren den Rücken wenden müsse.“ Sie gelobte sich feif und fest, daß kein Wort über ihn ferner von ihren Lippen gehen sollte. Ihre Erbitterung war tief und in sofern gerecht, als sie, nachdem sie die Vertraute seiner Liebe gewesen, sich am wenigsten einer rauen Behandlung versehen konnte. „Mit dem bin ich fertig!“ sagte sie, indem sie zornig die letzte Thräne aus der Wimper wischte.

Edmund's Erbitterung über Beate's Horcherei war eben so natürlich. Aber die Art, wie er mit der alten Wittibschasterin umsprang, schien mindestens unbefonnen. Die Macht, welche sie über ihn als Knaben geübt, der Einfluß, den er ihr selbst als Vertrauten seiner Neigung eingeräumt, ließ sie bei ihrer geringen Bildung eben die Grenze zwischen Recht und Unrecht vergessen. Dies hätte Edmund bedenken sollen. Sein Zorn und Schreden zugleich entsprang aber aus der fatalen Gewisheit, Beate habe seine Aeußerungen über Astarte gehört und sie sofort Mathilden mitgetheilt. Daß er hierüber so in Harnisch gerathen könne, bewies ihm ferner zu seiner eigenen Beschämung, daß er sich selbst schuldig fühle. Er ärgerte sich nachträglich über sein kaltes Benehmen gegen Beaten und suchte es im Laufe des Tages möglichst gut zu machen, aber die gekränkte Wittibschasterin sah hircin erst recht, wie gegründet ihr Argwohn sei, und setzte ihm ihrerseits einen trockenen Ton entgegen, der den Triumph über den jungen Mann besiegelte.

Nachmittags schickte Mathilde Einkäufe vor, um sich bei Justus zu beurlauben, und wanderte so erregt wie ungewiß nach dem alten Ort des Stillstehens.

Justus, nachdem er Christinen einen Geschäftsaaug aufgetragen und nun allein war, wartete ab, bis Beate sich im Hofe blicken ließ, winkte sie zu sich herein und drang ihr ein umfassendes Bekenntniß über Edmund ab, welches



wären an diesem Tage 400 bis 500 Arbeiter einem Bataillon Infanterie, unterstützt von einer Schwadron Lanciers, begegnet, und der kommandierende Offizier habe jene aufgefordert, sich zurückzuziehen. Ein Junge sei mit einem Stocke auf den Offizier losgesprungen, in demselben Augenblicke aber wäre er von einem Soldaten durch den Kopf geschossen worden. Dann erst habe der Offizier Feuer kommandirt, dessen Folge 19 Tode und an 20 Verwundete waren.

Erste Maßregeln sind den Brandstiftern gegenüber gewiß am Plage, aber ich sollte denken, ein Bataillon und eine Schwadron hätten zusammen 400 Unbewaffnete, unter denen sich viele Jungen befanden, auch mit der blanken Waffe in die Flucht jagen können.

Der „Kreuz-Bl.“ wird von ihrem Brüsseler Korrespondenten die Nachricht, Fürst Bismarck hätte Belgien gemeinsame Maßregeln gegen den Anarchismus vorgeschlagen, als erfunden bezeichnet.

Nach den Abendblättern hat sich die Situation in Belgien immer günstiger gestaltet und es stellt sich mehr und mehr heraus, daß viele der früher gemeldeten Verheerungen nur von der Phantasie der Reporter angeleitet worden sind. So schreibt soeben ein Berichtsfahrer des „Berl. Tagebl.“: „Die Nachrichten über stattgehabte Brandstiftungen sind arg übertrieben. Mehrere als verbrannt gemeldete Schlösser bezw. Villen sah ich völlig unbeschädigt, wogegen in verschiedenen Stabliementen allerdings Verwüstungen angeleitet sind, welche den Betrieb auf lange Zeit unmöglich machen werden.“ — Der „Nat.-Bl.“ wird von gestern (Mittwoch) telegraphirt: „Heute Morgen besuchte ich mehrere Gruben im Borinage, dem vielgenannten Kohlenbezirke der Provinz Hennegau. Ueberall herrscht Ruhe; nur in vier Gruben haben daselbst die Arbeiter die Arbeit eingestellt.“ — Nach einer Depesche von „Wolffs Bureau“ ist in Charleroi die Arbeit wieder aufgenommen und die Bürgergarde bis auf Weiteres beurlaubt worden. Nur in Tournai hat der Streik an Umfang gewonnen. Die Streikenden, welche in Salonne zu einer Beratung zusammen getreten waren, nahmen sehr bald eine drohende Haltung an und zerstückten die Telephonverbindung zwischen Crevecoeur und Allain. In Stärke von 800 Mann setzten sich dieselben nach Berges in Bewegung und verübten auf dem Wege zahlreiche Verwüstungen von Eigenthum.“ Alles in allem klingt das ganz anders als die Berichte der letzten Tage.

## Politische Uebersicht.

Herr Minister von Puttkamer hat am 30. d. Mts. im Reichstage bei Beratung des Sozialistengesetzes folgendes Bild gezeichnet: „Wer jetzt das Sozialistengesetz aufheben will, der handelt wie ein Mann, der bei herannahendem Gewitter nichts elligeres zu thun hat, als den Blitzableiter vom Dache seines Hauses fortzunehmen.“ — Tags zuvor stand in zahlreichen Provinzialzeitungen, welche vom Berliner Preßbureau und dem Reptilienfonds gespeist werden, ein Artikel über die „Revolution in Belgien“, in welchem es wörtlich heißt: „Wenn jemand in einem Augenblicke, wo ringsumher der Blitz einschlägt, seinen Blitzableiter vom Hause entfernen wollte, dann würde man an seinem Verstande verzweifeln.“ — Den im Reichstage anwesenden Journalisten wird vom Regierungstische häufig der Vorwurf gemacht, daß sie an sich oftmals ein Plagiat verübten, indem sie das im Reichstage sprachen, was sie vorher geschrieben hätten. Wenn nun Herr von Puttkamer auch wohl den offiziellen Artikel nicht geschrieben haben mag, da er dazu gewiß keine Zeit hat, so liegt doch dann der Gedanke nahe, daß derselbe Geheimrath, welcher die offiziöse Presse bedient, auch die Rede des Herrn Puttkamer am Tage vorher skizirt hat, wodurch das Auftreten des Herrn Ministers im Reichstage gewiß nicht an Bedeutung gewinnen dürfte. — Außerdem zeigte der Abg. Hänel in der gestrigen Sitzung des Reichstages, daß das Beispiel mit dem Blitzableiter völlig hinfällig. Das Sozialistengesetz solle allerdings ein Blitzableiter sein, doch sei er so verkehrt und schlecht angebracht worden, daß er den Blitz anziehe und direkt in das Haus führe. Das Sozialistengesetz beschwöre all' die Gefahren heraus, denen es vorbeugen wolle. Im Uebrigen war die Hänel'sche Rede in dem bekannten Sceptone gehalten und so „allgemein gehalten, als möglich.“

Das Knotenthum im deutschen Reichstage. Aus der Sitzung des deutschen Reichstages vom 30. März muß ausdrücklich auf das Auftreten des Abgeordneten und Vorpredigers Herrn Stöcker hingewiesen werden. Eine solche Fülle von geistlosen und abtöneten Redensarten hat selbst der Spezial-

genosse des Herrn Stöcker, der bekannte Schneider Grüneberg, früher nicht in einer Volksversammlung vorgebracht. Und dabei der Ton! Nicht den Kanzelton, der gelegentlich herabrach, tadeln wir, sondern den knorrigen Herbröckel. Wir haben beständigen Debatten im Reichstage beigewohnt, wir haben dabei derbe Ausdrücke gehört, wir haben die schärfsten Ausfälle vernommen, aber Herr Stöcker war weder heftig, noch derb oder gar scharf, er war lediglich knorrig. Das ist das einzige Wort, welches das Auftreten dieses Mannes richtig zeichnet. Sein Pathos war hohl und wo er warnend seine Stimme erhob, da verübte er ein Plagiat.

Der Allertagsanrempel „fabulirt“ in seiner Nummer vom 30. März seinen Velsen vor, der Abg. Hasenclever habe in der Volksversammlung, die am letzten Sonntag in der Tonhalle zu Berlin stattfand, gesagt, „daß die Liberalen, um nur ihre manchesterlichen Interessen zu wehren, ein Stück nach dem andern von der Gewerbesteuer, Freizügigkeit und Preßfreiheit geopfert hätten.“ — Die Mittheilung der „Freiz. Bl.“ beruht auf völliger Unwahrheit, wie aus dem Bericht in Nr. 75 unserer Zeitung hervorgeht. Auf: dem dienen ja gerade Gewerbesteuer, Freizügigkeit ganz besonders den manchesterlichen Interessen. Der Abg. Hasenclever führte aus, daß Gewerbesteuer, Freizügigkeit und ein Stück Preßfreiheit unter Beihilfe der Liberalen im Norddeutschen Reichstage errungen worden seien, daß aber später, lediglich um die Herrschaft des Kapitals zu behaupten, im Interesse des Manchesterthums eben dieselben Liberalen die parlamentarischen und politischen Freiheiten durch Annahme des Militärsepiennats und des Sozialistengesetzes auf dem Altar der Reaktion geopfert hätten. Dabei sprach der Abg. Hasenclever ganz besonders den größten Theil der damaligen Fortschrittspartei vom dem Vorwurf frei. Was will nun eigentlich der Abg. Eugen Richter mit seiner fortwährenden Antrempel? Wie ist diese Erscheinung zu erklären? Einzeln und allein durch den gläubigen und blinden Haß dieses Demagogen gegen die Sozialdemokratie.

Ueber die Branntweinsteuerprojekte der Regierung giebt die „Köln. Bl.“ bereits Andeutungen. Darnach würde der Verkauf von Rohspiritus verboten, die Reinigung zwangsweise eingeführt und diese versteuert werden, und zwar für den Hektoliter im ersten Jahre mit 50 M., im zweiten mit 60 M., im dritten mit 80 M. Im Inlande würde dadurch weniger konsumirt, die Ausfuhr aber bedeutend vermehrt werden, dies werde freilich den Weltpreis drücken und namentlich die Kartoffelbrenner im Osten schwer schädigen; diese Wunde aber werde der Staat durch Änderung der Maisraumsteuer zu Gunsten der kleinen und mittleren Brennereien zu heilen trachten. Im Uebrigen werde die Unfruchtbarkeit des ewigen Reichthums „Rein“ auch unter den Verbredern dieses „Volksführers“ immermehr anerkannt, und die nationalliberale Partei und die Konserwativen würden jetzt Alles ausbleuten, um die politische „Hohheit“ und „verbrecherische Gesährlichkeit“ dieses „Rein“ gebührend bloßzustellen. — Die Konserwativen bieten nun schon lange „alles“ auf und haben doch das Widerstreben gegen ausweichende Steuerprojekte nicht besiegen können. Warten wir also ab, wer — um mit Fürst Bismarck zu reden — zuletzt lacht.

Deutsche Preßstimmen über die belgischen Tumulte. Während sich die meisten Konserwativen und nationalliberalen Blätter noch immer darin gefallen, den Sozialismus für das Sengen und Brennen in Belgien verantwortlich zu machen, bewahren andere Blätter ein ruhigeres Urtheil und eine unabhängige Haltung. So schreibt die „Posener Zeitung“ sehr zutreffend: „Eine planmäßige, sozialpolitisch organisierte Form hat die Bewegung ebenso wenig, wie die tumultuarischen Straßenvorfälle, die sich vor einigen Wochen in London abgepielt haben. Gegenüber gewissen Verhören, aus den belgischen Unruhen politisches Kapital zu schlagen, ist es wichtig, diese Thatsache festzustellen. In London erlebte man das Schauspiel, daß sozialdemokratische Versammlungen völlig ruhig verliefen. Am letzten Sonntag haben die Belgier die gleiche Erfahrung gemacht; das allgemeine Arbeitermeeting in Louvrière hat „wider Erwarten“, sagt der offiziöse Telegraph, ohne Störung der Ruhe stattgehabt. Und man darf ohne Weiteres behaupten: Wären die belgischen Arbeiter so organisiert, wie z. B. die deutschen trotz des Sozialistengesetzes es sind, so würden diejenigen Elemente, welche in der Revolution, im Sengen und Brennen ihr Vergnügen finden, längst von den organisierten Arbeitern zur Naision gebracht worden sein. Der Beweis dafür ist nicht schwer zu erbringen. Die Belgier schätzen selbst die Revolutionäre auf 5-6000 Mann. Darunter dürften schwerlich auch nur 100 sein, die mit vollem Bewußtsein anarchischen Prinzipien huldigen. Der Rest ist arbeitslos, durch den Hunger zur Verzweiflung gebracht, es ist ihm gleichgültig, ob ein langsames Dahinwürgen oder die Kugel seinem Leben ein Ende macht. Ja, er zieht das letztere vor. Solche Menschen werden sich jederzeit überall zu Tausenden finden, so lange nicht Mittel und Wege gefunden sind, die arbeitenden Massen durch die Bedingungen einer menschenwürdigen Existenz an das Leben zu fesseln. Diejenigen Parteien aber, welche dieses Ziel vorzugsweise erstreben, wissen zu gut, daß planlos in Szene ge-

auf die Dauer! Früher gehörtest Du mir ungetheilt, der „kalte Stein“ war Deine Welt, und selbst Deine kleinen Streiche waren so liebenswürdig, so herzgewinnend, ach waren Zeugnisse Deiner zwar eigenwilligen, aber treuen Seele? Jetzt ist's anders. — Du gehst nicht mehr mir, nicht mehr Dir selbst, wie ehemals, sondern den vornehmen Gesellschaften in S...! Dein verändertes Aussehen, Dein Benehmen beweisen es, und je mehr Du Dich im Umgange dieser Leute wohl befindest, desto mehr entfremdest Du Dich mir, Edmund!“

„Das siehst Du eben an Deine kleinbürgerliche Weise an, Liebchen. Sei doch vernünftig, laß uns ruhig darüber reden. — Papa Justus hatte an jenem Abschiedstage sehr recht, die träumerische Jugend ist von uns gewichen und hat den Esfordernissen der großen Welt Platz gemacht. Wenn wir nun demgemäß ein anderes Leben beginnen, ist es darum nöthig, daß unsere Liebe zu einander verändert werden muß? Ich habe früher im engen, väterlichen Hause gelebt, kannte, außer meinen Kommilitonen, nur Dich und das Elternhaus! So kann man doch nicht ewig existiren. Ich bin einmal der Sohn eines reichen Mannes, der als Jurist eine große Karriere machen soll! Papa verlangt das, und ich sehe es auch lebhaft ein, denn ich habe Ehrgeiz, liebe den Glanz, und Papa hat ja dafür gesorgt, daß ich dabei nicht gar zu ängstlich zu sein brauche. Diese Juxel und Bekanntschaften geben mir dazu die beste Gelegenheit, bringen mich in nützliche Verbindungen und schaffen mir die Kenntnisse des Lebens und der Welt, welche unerlässlich sind! Kannst Du das tabeln? — Statt mich darin zu hindern und zu verlangen, ich solle mich zurückziehen in die engen Verhältnisse eines Rindergeschäftes, handelst Du nicht klüger, für unsere Zukunft richtiger, wenn Du meinem Wunsch nachgehst, Dich selbst in Toilette, Manieren, durch Lectüre und Bekanntschaften für den Wirkungskreis an meiner Seite machst? Du sollst neben mir einst in den Sphären leben, die mein Beruf, mein Vermögen, mein Ehrgeiz und der Wunsch meines Vaters mir anweisen, und das beste Mittel, alle Bedenken, die er etwa unsrer Verbindung einmal entgegen setzen könnte, ist doch das, zu beweisen, Du paßt am

besten zu meiner Frau, mich und Dich selbst zu überzeugen, daß Dich kein Weib verdunkeln kann! Ich bin gewiß, Du kannst!“ —

Mathilde hatte unter wechselndem Eröthen und Erblichen dem jungen Manne zugehört, und ihr zuckender Mund, ihr fieberhaftes Zittern verriethen den inneren heftigen Seelenkampf.

„Ich habe bisher noch nie daran gedacht, Edmund, daß Du der Sohn eines so sehr reichen Mannes seiest, gar so vornehm werden müßtest im Leben! Hab' immer gemeint, wenn sich Irene lieb haben, so sei das Alles das Höchste, und wenn Gott sie noch mit irdischen Gütern segnen will, sie es als etwas betrachten müßten, was sie nicht viel glücklicher mache, aber nöthige, um so viel Schöneres für die Mümenschen zu vollbringen, um so edler zu sein! Ein Mann, der sich bei vornehmen Herrschaften und wenn er 'was recht Großes, Wächtigtes geworden ist glücklicher fühlt, als zu Hause bei seiner Frau und unter ein paar guten Freunden, der ist für's Familienleben nicht geschaffen! Ich bin einmal das Kind eines schlichten Mannes, eine Iröblerstochter, Edmund! Verstehe nur so viel, als eine Frau, die ihren Mann glücklich machen will, eben braucht! Was Du verlangst, daß ich werden soll, werd' ich nie, — da, Edmund, mußt Du zu den Mädchen gehen, die auf solche Künste erzogen sind, zu Deinen Damen in S... und mein Herz sagt mir, Du wirst diesen Weg gehen!“ — Sie wendete sich von tiefstem Schmerz erfüllt und unfähig, längere peinliche Erörterungen zu ertragen, hastig und eilte weinend hinweg.

Ein Nachspiel der Diätenprojekte. Wie man der „Voss. Bl.“ aus Raumburg a. d. S. schreibt, ist gegen den dortigen Rechtsanwält Tolkemitt das Strafverfahren eröffnet wegen eines Artikels über die Diätenprojekte, den er in der „Nation“ veröffentlicht hat. Tolkemitt war Vertreter Heine's, Hasenclevers und Leiche's.

Auf der kaiserlichen Werk zu Danzig sind nach der „Danz. Bl.“ sehr viele Handwerker, angeblich etwa 100, gekündigt worden, dabei ältere Handwerker, welche 10 Jahre und darüber gearbeitet haben.

Organ für Köminnen! — so hatte die „Nordd. Allg. Bl.“ in ihrem Unmüthe die „Voss. Bl.“ genannt. Die Zante druckte dafür eine Stelle aus dem Kanzlerblatt ab „nicht nur als Probe des Parfums aus der journalistischen Bedientensuche, sondern auch als Beweis für den Cynismus, zu welchem die offiziöse Litree defähigt.“ Und es schier bedünkt, daß diese Aeußerungen alle beide — etwas über das erlaubte Maß hinausgehen.

Oesterreich-Ungarn. Eine geradezu russische Polizeiwirtschaft muß in Oesterreich herrschen, wenn folgende Bemerkungen aus einer Rede des Abg. Dr. Kronawetter im Reichstage zutreffen: „Das Recht der Freizügigkeit — äußerte der Wiener Demokrat — steht allerdings in den Staatsgrundgesetzen, aber es ist bereits im Jahre 1871 durch eine Art Bagabunden-Gesetz laßirt worden, und das Uebrige hat das neueste Bagabunden-Gesetz gethan. Im vorigen Jahre wurde ein Schuhmacher auf bloße Denunziation eines Kollegen, der dem katholischen Gesellenverein angehörte. (Hört! Hört! links), wegen Gotteslästerung gefaßt und nach seiner Heimath in Kroatien abgeschoben. In Sternberg wurde ein Mann, der kurze Zeit verheirathet war, plötzlich arretirt und in Ketten nach Olmütz transportirt. Dort hat er eine Untersuchung von acht oder zehn Wochen mitgemacht, dann wurde er wieder freigelassen, aber er war in seinen Vermögensverhältnissen mißsammt seiner Familie ruinirt. Wer zahlt das den Keuten, die durch Akte der gemeinsten Denunziation und Polizei-Willkür aus ihrer Existenz gerissen werden? (Sehr richtig! links.) Ein Bizeur wurde von hier nach Mieselbach abgeschoben. Dort brauchte man keinen

ihun hör' —

besten zu meiner Frau, mich und Dich selbst zu überzeugen, daß Dich kein Weib verdunkeln kann! Ich bin gewiß, Du kannst!“ —

Mathilde hatte unter wechselndem Eröthen und Erblichen dem jungen Manne zugehört, und ihr zuckender Mund, ihr fieberhaftes Zittern verriethen den inneren heftigen Seelenkampf.

„Ich habe bisher noch nie daran gedacht, Edmund, daß Du der Sohn eines so sehr reichen Mannes seiest, gar so vornehm werden müßtest im Leben! Hab' immer gemeint, wenn sich Irene lieb haben, so sei das Alles das Höchste, und wenn Gott sie noch mit irdischen Gütern segnen will, sie es als etwas betrachten müßten, was sie nicht viel glücklicher mache, aber nöthige, um so viel Schöneres für die Mümenschen zu vollbringen, um so edler zu sein! Ein Mann, der sich bei vornehmen Herrschaften und wenn er 'was recht Großes, Wäichtigtes geworden ist glücklicher fühlt, als zu Hause bei seiner Frau und unter ein paar guten Freunden, der ist für's Familienleben nicht geschaffen! Ich bin einmal das Kind eines schlichten Mannes, eine Iröblerstochter, Edmund! Verstehe nur so viel, als eine Frau, die ihren Mann glücklich machen will, eben braucht! Was Du verlangst, daß ich werden soll, werd' ich nie, — da, Edmund, mußt Du zu den Mädchen gehen, die auf solche Künste erzogen sind, zu Deinen Damen in S... und mein Herz sagt mir, Du wirst diesen Weg gehen!“ — Sie wendete sich von tiefstem Schmerz erfüllt und unfähig, längere peinliche Erörterungen zu ertragen, hastig und eilte weinend hinweg.

Edmund stand an Annens Grabe wie versteinert. Das, ja das war der Markstein, der Scheideweg seiner Liebe! Entweder Mathilde oder Irene, entweder ein stilles, seliges Glück der anspruchslosten, aber Alles überwältigenden Reizung, oder der Glanz, die Fortune, die moderne Romantik des Salons und Parquets am Arme eines blendenden Weibes, welches ihm in ewigem Zauberbanne des Sinnreizes hielt, aus dem er kein Erwachen kannte!“

„Zu Deinen Damen in S... und Du wirst es

ihre durch ihre jetzige Stimmung natürlich sehr erleichtert wurde.

Ungewiß, ob sie Edmund finden würde oder nicht, betrat Mathilde den Kirchhof. Ein freudiger Schreck durchzuckte sie, als sie ihn von fern schon unweit Annens Gruf auf und nieder gehen sah.

Wir würden Edmund sehr Unrecht thun, wollten wir glauben, nur Scham und ein gewisses Schuldbewußtsein allein habe ihn hergetrieben. Er fühlte sich allerdings nicht ganz vorwurfsfrei, hatte leider nun die Entdeckung gemacht, Annens Bild schwebte ihm häufiger vor, als es für seine Reizung zu Mathilden gut sei, aber trotzdem liebte er Mathilden noch, hatte keinen seiner Schwüre vergessen und brante vor Ungebuld, sie wieder zu sehen, um all' die kleinen Wolken zu zerstreuen, welche in letzter Zeit den Himmel seiner Liebe bewölkt hatten.

Kaum sah er sie naßen, sah wieder diese flammenden, dunklen Augen, dies liebliche, tief erröthende Antlig, als er alle Seiten der Welt über der Geliebten seiner Jugend, der Erinnerung süßester Liebeswonne vergaß und zitternd zu ihr eilte, um sie in seine Arme zu schließen, ihre Hände mit Küßen zu bedecken.

„Und Du hast mich doch nicht vergessen, Edmund, hast Dich also nicht so verändert, wie die letzten Briefe mich fürchten ließen?“ stüsterte Mathilde.

„Nein, Herzenmädchen, glaube mir, Dir gegenüber habe ich mich nicht verändert. Mein Herz ist Dir ebenso für eigen, wie sonst, und nichts kann meine Liebe enden, als der Tod!“

„Ach, Edmund,“ seufzte Mathilde, „überzeuge mein armes Herz ja recht fest davon, denn Deine Briefe haben mich oft wankend im Vertrauen gemacht!“

„Aber was ist denn geschehen? Mein Gott, schon als ich Knabe war, hattest Du alle Hände voll an mir zu hofmeistern, und wenn ich's auch manchmal ein bißchen kraus treibe, der alte Edmund bin ich doch, wenigstens für Dich!“

„Wollte Gott, Du wärest es,“ erwiderte Mathilde, „aber ich fürchte, Du betrügst Dich selbst. Deine Liebe zu mir bezweifle ich nicht, aber Deine Standhaftigkeit

Bizeur, ihm aus Polkei hat das ausschid höre we das ve (Stavo! der gnu wurde e Sendan einen T Fabrika der Fal wurde i solchen Sind d Ich far Die Fr wähle ganges Diese nehmen links.) geleben (Hört! bürger lungen nichtpol vorgeg für der gesung sammls Man r ist eine tizende unterbr wähen Er hat und de gekomm selbst i den R Braxid wird e Hört! lommil zum W hätte, Berfan haben gefalle Was Hört! rufen: den S ausgel hinaus Tage

D schen C Radil Wahl der welche dag menfte E i e der F stehen gans Eilen ten r sedas nate Vorja von n schay kraft Ablos ertrag 250 lomm das C entim Des C brach ausfa

fällig Stad

vor f

rend und

sagte mach ich n sind schaf Das nicht lomm Lebe dum

von besu lomm bew halb die

beträ gene

obw wen Alle zu f



Biseseur, der Mann durfte aber nicht fort. Was sollte er da thun? Betteln durfte er auch nicht. Sein Arbeitgeber hat ihm aus Wien die Arbeit nachgeschickt, allein unsere allwissende Polizei hat sich gleich dazwischen geschoben (Hört! Hört! links) und hat dahin gewirkt, daß man dem Biseseur die Arbeit nicht hinausgeschickte. Jeder Brief an ihn wurde aufgebrochen. Ich gehe weder der Schärferen, noch der schärferen Tonart an, aber das verdient keine andere Bezeichnung als „Infamie“.

(Bravo! links.) In Floridsdorf wurde ein Weber ausgewiesen, der ging nach Währing. Da er ein geschickter Mann ist, wurde er dort als Werkmeister angestellt. Aber da hat ihn ein Gendarm bei dem Fabrikanten denunziert, er solle doch nicht einen Dieb in seinem Hause behalten. Der Mann hat dem Fabrikanten beswehrt, daß er kein Dieb sei. Darauf wurde der Fabrikant zur Besitzhauptsamtschaft vorgeladen und dort wurde ihm vorgeführt, er solle doch aus Patriotismus einen solchen Mann nicht länger behalten. (Hört! Hört! links.) Sind diese Angelegenheiten der Regierung bekannt oder nicht? Ich kann mir gar nicht denken, daß so etwas möglich sein soll. Die Freiheit der Person ist uns nach den Gesetzen auch gewährleistet. Aber da wird in willkürlicher Weise vorgegangen. Ohne Vorweisung eines gerichtlichen Befehls kommt eine ganze Kompanie rober Polizeileute mitten in der Nacht. Diese weisen Weiber und Kinder aus den Betten heraus, benehmen sich in der unanständigsten Weise. (Hört! Hört! links.) Da werden die Strohsäcke herausgeworfen und nachgesehen, ob nicht ein Exemplar der „Wahrheit“ darunter ist. (Hört! und Rufe links: Wai!) Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht, Vereine zu bilden und Versammlungen zu halten. Die harmlosesten dieser Vereine sind die nichtpolitischen. In welcher Weise wird nun aber mit denen vorgegangen? Wir haben einen Arbeiter-Sängerbund in Wien für den wird eine eigene Zensur gemacht. Jeder, der überall gesungen werden dürfen, darf er nicht singen. Was die Versammlungen betrifft, da geht es in ganz sonderbarer Weise zu. Man verlangt die Mittheilung des Programms, und überhaupt ist eine solche Versammlung vollkommen der Willkür des amtierenden Polizei-Kommissärs anheim gegeben. Alle Augenblicke unterbricht derselbe einen Redner und giebt ihm Belehrungen, während er doch nach dem Gesetze dazu absolut kein Recht hat. Er hat zu schweigen und das Maul zu halten (laute Heiterkeit) und darf nur sprechen, wenn eine gelegentliche Handlung vorgekommen ist. Warum soll ein Kommissär, der in dieser Weise selbst das Vereinsgesetz überschreitet, nicht gestraft werden? Bei den Arbeiterversammlungen, da herrscht eine ganz besondere Praxis in neuester Zeit. Bevor sich Einer zum Worte meldet, wird er immer gefragt: „Wohin sind Sie zuständig?“ (Hört! Hört! links.) Wenn der eine Nase hat, welche dem Polizeikommissär staatsgefährlich vorzukommen (Heiterkeit) und er hat sich zum Worte gemeldet, ohne daß er irgend etwas noch gesprochen hätte, und ist nicht in Wien zuständig, wird er gleich nach der Versammlung abgeschoben. (Hört! Hört! links.) Am 13. März haben sich Gruppen von Arbeitern um das Denkmal der Märzgefallenen reihet. Einer von den Detektivs, die da waren, schrie: „Was macht's denn da? Gent's Euch lieber auf!“ (Hört! Hört! links.) Einer von den Arbeitern hat demselben zugerufen: „Sie brutaler Mensch, Sie verdienen tausend Mal eher den Strick als wir!“ und hat dann ein Hoch auf die Gefallenen ausgebracht. Gleich darauf wurden die Leute von der Polizei hinausgedrängt. So wird die Erinnerung an die glorreichsten Tage Wiens gefeiert.“ (Hört! Hört! links.)

### Frankreich.

Die Finanzfrage ist jetzt der Kernpunkt aller politischen Erörterungen. In der Budgetkommission haben bereits Radikale und Gambettisten ihre Kräfte gemessen und mit der Wahl Rouviers zum Vorsitzenden ist der Sieg auf die Seite der „Gemäßigten“ gefallen, d. h. derjenigen Staatsmänner, welche lieber die Staatsschulden ins Endlose vermehren, als daß sie, wie die Radikalen es verlangen, durch eine Einkommensteuer die Reichen etwas stärker heranziehen. Den großen Eisenbahngesellschaften dürfte die Entscheidung in der Budgetkommission sehr willkommen gewesen sein, denn sie stehen sich bei der Fortsetzung des alten Finanzsystems ganz ausgezeichnet. Die Garantiezuschüsse für die Eisenbahnen steigen mit erschreckender Schnelligkeit und dürften nächst Jahr 100 Millionen erreichen. Haben doch die sechs großen Bahngesellschaften während der ersten zwei Monate einen Einnahmeausfall von 7300 000 Franks gegen das Vorjahr herausgerechnet, welches selbst schon mit einem solchen von nahezu 40 Millionen schloß. Das wird also den Staatsschatz ein hübsches Stück Geld kosten. Ferner aber werden kraft der mit den sechs großen Bahngesellschaften getroffenen Abkommen immer noch weitere ertraglose, ja meist unbedingt ertragunfähige Strecken gebaut. Das ergibt jährlich 200 bis 250 Millionen mehr, für deren Verzinsung der Staat aufkommen muß. So, wie die großen Bahngesellschaften und das Eisenbahnwesen in Frankreich sich überhaupt seit 30 Jahren entwickelt haben, sind sie zu einem unersättlichen Blutsauger des Staates geworden. Wird dieser Ueberdruß nicht umgebracht, so wird er dem Staate immer mehr Karb und Wein ausaugen.

thun! — Hölle und Teufel, Du wirst es thun! Rathilde hör' mich an!“

Er stürzte ihr nach.

Rathilde hatte einen Lohnwagen genommen, der zufällig vor dem Kirchhofe stand, und fuhr bereits nach der Stadt zurück.

„Und Du wirst es thun!“ murmelte Edmund düster vor sich hin und starrte fortwährend in's Leere.

Mehrere Versuche, welche er machte, Rathilden während seiner Besuchszeit zu sprechen, prallten an Beatens und Mutter Christinens Hartnäckigkeit ab.

„Sie wissen Rathildens Meinung, Herr Edmund,“ sagte letztere, „quälen Sie sie nicht. Was Sie aus ihr machen wollen, kann Sie nie werden, und mein Mann wie ich würden es weder dulden, noch ausführen können. Wir sind eben nur einfache Leute. — Sie können Ihre Bekanntschaften und neuen Genüsse nicht aufopfern, wozu soll also das Reden führen? Wäre Alles auch zwischen Euch in Ordnung, vergessen Sie doch Ihren Herrn Vater nur nicht. Lassen Sie die Dinge nur gehen, vielleicht bekommen Sie einmal die vornehmen Leute und das lustige Leben satt und denken, daß der alte Lustus mit seinem dummen Liebe doch wohl recht gehabt hat!“

Während Herr Josua seines Sohnes nun auch recht von Herzen genoß, mit ihm alle Bekannte und Freunde besuchte und nicht unterließ, was demselben angenehm sein konnte, ging ihm doch das erste Gespräch mit ihm und die berühmte Baroness sehr im Kopfe herum. Er fand sich deshalb veranlaßt, briefliche Nachrichten unter der Hand über die Dame einzuziehen.

Die Aufklärung, welche ihm Herr Zoldi, den er damit betraute, gab, war für Josua nichts weniger als angenehm.

Baroness Marie hatte entschieden kein Vermögen, obwohl sie höchst aristokratisch lebte und sich nicht wenig auf ihre Geburt einbildete. Dies war für den Alten genug, Furcht vor einer solchen Wahl seines Sohnes zu hegen.

Als der Tag der Abreise kam, litt es sein Vater-

In Decazeville soll der Streik neuerdings an Ausdehnung noch gewonnen haben.

### Großbritannien.

M. James Stansfeld, Parlamentarier für Halifax, ward, wie wir schon meldeten, an Stelle Chamberlain's zum Präsidenten des Lokaltagesamtes, und Lord Dalhousie als Nachfolger Trevelyan's zum Sekretär für Schottland ernannt, letzterer indes vorläufig ohne Sitz im Kabinet. Stansfeld ist ein erfahrener Staatsmann, der seit 1863 verschiedene Regierungämter bekleidet, und den Posten, zu dem er jetzt berufen wird, schon von 1871—1874 im damaligen Gladstoneschen Kabinet inne hatte. Lord Dalhousie ist ein verhältnismäßig junger schottischer Pair, der bislang keinem Regierungsamte vorgestanden hat. Erst vor wenigen Tagen lehrte er von einer langen Rundreise in Australien nach England zurück. Weitere Rücktritte von Ministern sind noch nicht erfolgt, doch verläutet, daß Lord Spencer, der Konseilspräsident, das Kabinet verlassen wird, falls, wie vielfach gemunkelt wird, das irische Landankauf-Projekt fallen gelassen wird. Außerhalb des Kabinet's werden wahrscheinlich drei Mitglieder der Regierung dem Beispiele Chamberlain's und Trevelyan's folgen, sobald der Premier seine Pläne öffentlich erklärt hat, nämlich der Oberkammerer Lord Kenmare, der Oberjägersmeister Lord Colclough und der Kanzler des Herzogthums Lancaster. Chamberlain soll zu rückfälliger Opposition gegen Gladstone entschlossen sein, und hofft hierbei Unterstützung sowohl bei den rechtsstehenden Whigs als vom Schloß Hartingtons und Goschens, wie bei den Liberalen von der Stellung Dilkes zu finden. Trifft das zu, so würde Gladstone allerdings keine Majorität für seine Pläne erhalten, nicht einmal im Unterhause.

Deaton beantragte am 30. im Unterhause die Anknüpfung von Unterhandlungen mit den anderen Regierungen bezüß Einführung des Weltpenny-Postsystems. Gutton stellte den Unterantrag, wodurch die Neuerung auf das gesamte britische Reich beschränkt wird. Fowler bekämpfte beide Anträge, da der Staatschatz jährlich an dem fremden Postverkehr bereits 356 000 Pfund verliere. Die beantragte Neuerung würde den Verlust um circa eine halbe Million steigern. Gutton's Unterantrag wurde abstimunglos, Deaton's Antrag mit 258 gegen 127 Stimmen verworfen.

Lord Sudley erklärte im Oberhause, die Regierung sei bereit, den Tabakbau in England als Experiment zu gestalten unter der Beschränkung, daß der Steuerbehörde vorher die Quantität der Ausfuhr angezeigt werde, ferner, daß der Pflanz des Anbaues den Ackerbauern leicht zugänglich ist, und daß für alle als brauchbar erwiesenen Produkte eine Steuer bezahlt wird.

### Balkanländer.

Aus Griechenland lauten die Nachrichten immer kriegerischer. So wird der „Frank. Bl.“ aus Athen gemeldet: Die Regierung wird von der Kammer die Erlaubnis zu einem Zwangsanlehen und Aufnahme fremder Offiziere verlangen. In Volo sind die Befestigungen fertig. Die Verteilung der Streitkräfte ist folgende: Bei Patissa stehen 25 000 Mann, in Trikala und Arta je 16 000 Mann, in zweiter Linie 15 000 Mann. Die kürzlich einderufenen Reserven ergeben 20 000 Mann.

Auch in Bulgarien scheinen Ueberraschungen nicht ausgeschlossen. Man befürchtet vielfach den Eintritt einer Katastrophe in Sofia. Der Wunsch von russischer Seite geht dahin, ein Königreich Bulgarien ohne dem Fürsten Alexander zu bilden. Man erwartet den Moment für nahe bevorstehend, wo Rußland die Herstellung der Ordnung in Bulgarien energisch in die Hand nehmen müsse. Man hofft (d. h. in Petersburg!) Deutschland und Oesterreich würden keine Hindernisse bereiten und England nur protestiren. In Pest hingegen glaubt man, nach dem „Hamb. Korresp.“, daß die übrigen Mächte, da Rußland augenblicklich gänzlich isolirt ist, wenigstens stillschweigend zusehen würden, wenn der Fürst von Bulgarien die Union faktisch durchführe. Die Kabinette in Wien und Berlin seien bezüglich der Feststellung der Dinge im vollsten Einvernehmen.

### Amerika.

Wie der „Times“ aus Philadelphia vom 28. v. Mts. berichtet wird, soll unter den „Rittern der Arbeit“ Uneinigkeit ausgebrochen sein. Der Großmeister des Bundes, Bowdler, soll sich jetzt mißbilligend gegenüber den Zweigvereinen ausgesprochen haben, daß „unautorisierte“ Streiks in Scene gesetzt wurden; die Subordination soll aber noch nicht hergestellt sein. Ob diese Nachricht begründet ist, muß freilich noch dahingestellt bleiben.

### Parlamentarisches.

Seit vorigen Sonnabend zirkulirte das Gerücht und ist dasselbe auch vom „Berl. Volksbl.“ gebracht worden, daß der Abgeordnete Windthorst seine Abänderung anträge zum Sozialistengesetz bei der zweiten Verathung desselben im Reichstage nicht wieder einbringen wolle. Das Gerücht ist entstanden durch eine ausdrückliche dahin zielende

gefühl nicht, ganz davon zu schweigen, obwohl nichts andeutete, Edmund habe sich wirklich in die Dame verliebt.

„Wenn Du jemals ein Mädchen heiratest, Edmund, so wähle die Tochter eines angesehenen, vielvermögenden Hauses, die aber immerhin bürgerlich genug erzogen ist, um an den Mann, welchen sie wirklich liebt, nur vernünftige Anforderungen zu stellen, eine Frau, die in ihrer Familie allein den Himmel sieht und den allzu großen Glanz meidet, nicht weil sie ihn nicht bezahlet, sondern zu ihrem Glück vollständig entbehren kann! Wähle keine Baroness ohne Vermögen, aber auch keine Millionärin, die nichts Edleres kennt, als Koupons abzuschneiden oder die größten Brillanten zu tragen!“

(Fortsetzung folgt.)

### Aus Kunst und Leben.

Zum Benefiz für Herrn Eduard Stobbe geht am Sonnabend, den 3. April, im Alhambra-Theater eine Räuberposse „Die Räuberherberge im Walde“ zum ersten Male in Scene. Von dem Benefizianten, einem langjährigen Mitgliede an diesem Theater, dürften verschiedene Leistungen desselben noch in bestem Andenken stehen. Wer beispielsweise erinnert sich nicht seiner Leistungen als „Theaterbesitzer“ in der alten Salingg'schen Posse: „Der kleine Rinder“ und als „Armenoeater und Kirchenvorsteher“ in dem Volksstück „Ein Mann aus dem Volke“. Wer gedenkt nicht seines löstlichen „Bogantell“ in dem Ausstattungsstück „Die Kinder des Kapitän Grant“. Es sind dies Rollen, die von Eduard Stobbe mit großem Erfolg dargestellt wurden. Uebrigens repräsentirt die Aufführung des Stückes „Die Räuberherberge im Walde“ in gewisser Beziehung eine Art von Jubiläum — es ist das hundertste Stück, welches unter der Direktion Strewe im Alhambra-Theater zur Aufführung gelangt. Am 8. October 1881 wurde das Alhambra-Theater unter Strewe mit der Ausstattungspose von Hugo Duffe und Paul Strewe „Die sieben Wunder der Welt“ eröffnet. Mit diesem Eröffnungsstück hatte die Direktion einen großen Erfolg zu verzeichnen; es erlebte vor sich gut besuchten Häusern über 70 Wiederholungen. Ähnliche Erfolge hatten noch aufzuweisen das Ausstattungsstück von Girs „Die drei

Erklärung des Abgeordneten Windthorst einigen sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber. Wie wir nun erfahren, ist der Abgeordnete Windthorst am 28. v. M. in der Fraktionsführung desentrums überstimmt worden, so daß, wie aus den Parlamentsberichten ersichtlich, die Abänderungsanträge doch eingebracht worden sind und zur Diskussion gestanden haben.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich heute Vormittag mit einer Petition der Lokomotivfabriker und Heizer der Köln-Mindener Eisenbahn, welche sich darüber beschwerten, daß sie bei der Verstaatlichung der genannten Bahn eine Benachtheiligung infolgedessen erfahren hätten, als die Staatsverwaltung die außerordentlichen Unterstufungen um 30 pCt. gekürzt und den Beitritt zur Unterstufungsklasse der Lokomotivfabriker und Heizer freigegeben habe. Die Regierungskommissionen erklärten, daß die Maßregel der Kürzung wegen der Insuffizienz jener Klasse notwendig gewesen sei und daß man, um den Wünschen der Beschwerdeführer gerecht zu werden, in den Etat eine Summe von 10 000 M. zur Subventionirung jener Klasse eingestellt habe. Die Kommission war der Ansicht, daß nach dieser Erklärung die Petition als erledigt anzusehen sei.

### Gerichts-Feitung.

Der bekannte Preisrichter Carl Wollmann, welcher im vorigen Jahrzehnt im Bezirk Reng wie im Bezirk Salamonski engagirt war, wurde gestern in bayerischer Gefängnis-Kleidung vor die Säranken der dritten Strafkammer hiesigen Landgerichts I gestellt, um sich wegen einer Anzahl im Jahre 1881 hier begangener Betrügereien zu verantworten. Der schon vielfach vorbestrafte Angeklagte befißt im Schwindeln und im Öffnen der Gefängnisse ein mindestens ebenso bedeutendes Talent, wie er es seiner Zeit als Kunstreiter und noch mehr als Ringkämpfer im Westen der ihm an Körperkraft überlegenen Gegner entwickelt hat. Gegenwärtig verbüßt er eine achtmonatige Gefängnisstrafe in der Anstalt zu Laufzen. Einer 21-jährigen Strafe, welche ihm das Strafgericht in Berlin auferlegt hat, entzog er sich durch einen Ausbruch aus dem dortigen Gefängnis. Auf Befragen des Präsidenten erklärte er, daß er von dieser Strafe frei sei. Nach längerem Hin- und Herreden wird diese Angabe dahin aufgeklärt, daß der Angeklagte nach dem bestehenden Auslieferungsovertrage wegen dieser Sache nicht ausgeliefert werden dürfe. Blasi wie ein Kal verstand er es stets, wie der Gerichts-Vorsitzende hervorhob, sich den Fingern der Polizeibehörden und Gerichte zu entwinden, bis es gelang, ihn in Linz, wo er sich einen falschen Namen beigelegt und auf denselben Betrügereien verübt hat, festzunehmen. Von Linz wurde er nach Stuttgart und von dort nach Laufzen ausgeliefert. In diesem Orte hat ihn denn auch die hiesige Staatsanwaltschaft ausfindig gemacht und vor die obige Strafkammer stellt. Seiner Natur nach sucht er vor Gericht das Blaue vom Himmel herabzulassen und entgegnete er auf den Einwand des Präsidenten: „Wenn ich lügen wollte, das wäre ja dumm von mir; Sie dürfen mir nun wohl alle Schlechtigkeiten, aber keine Dummheit zutrauen.“ Der Gerichtshof ließ sich durch diese Behauptungen aber nicht beirren; er verurtheilte den Angeklagten vielmehr zusätzlich zu einem Jahre Gefängnis.

Das Nachspiel einer aufgelösten Frauen-Versammlung, welche am 1. Dezember v. J. im „Deutschen Kaiser“, Lotzbringerstraße 37, unter dem Vorsitze der Frau Bölling tagte, fand gestern vor der ersten Strafkammer hiesigen Landgerichts I statt, vor welcher sich der Schlossergeselle Deklar Kerlin wegen Beschimpfung einer Einrichtung der christlichen Kirche zu verantworten hatte. In jener Versammlung hatte den Vortrag der Dr. Stahl über die „Entstehung des Menschenge-schlechtes“ gehalten und der Angeklagte sich an der sich daran knüpfenden Diskussion betheiliget. Nach der Besetzung des überwachenden Polizeileutenants Bernhardt hat derselbe die Bibel für unwar und entwürdigend bezeichnet und sich als einen Anhänger der Darwin'schen Theorie bekannt. Die Auserhebung erklärte er sich nach dieser etwa so: Der Mensch sterbe und sein Leib werde zu Staub, dieser werde zur Dämonung des Aders verbraucht; in Folge dessen wachse auf demselben Grab, das freise die Ruh — und die sei die Auserstehung. Der Angeklagte bestrittet, den letzten Passus ausgesprochen zu haben, da bereits nach dem Worte Ruh der Polizeioffizier die Versammlung auflöste. In dieser Angabe wird er durch das Zeugniß der Frau Bölling unterstützt, wohingegen Polizeileutenant Bernhardt seine Aufzeichnung im Bericht aufrecht erhält. Staatsanwalt v. d. Red beantragt 14 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte aber aus Rechtsgründen auf Freisprechung des Angeklagten, der bei seinem Bildungsgrade allerdings besser gethan hätte, nicht seine Ungläubigkeit hervorzuheben und sich an der Diskussion über ein so heikles Thema zu betheiligen. Das Gesetz bestraft aber nur die Beschimpfung von Einrichtungen, während es sich vorliegend nur um Lehren der christlichen Kirche handelte.

Reichsgerichts-Entscheidung. Leipzig, 28. März. (Verleitung zum Meineide.) Die Haushälterin Anna Jakob in

Rolandsknappen“, von Helmesberger jun. „Der Graf von Gleichen“, von Braun „Die schwarze Venus“, von Dr. Wollheim „Undine, die Fürstin der Wellen“.

Ueber einen tragischen und geheimnißvollen Vorfall wird aus der ungarischen Hauptstadt berichtet: „Auf dem Seziertisch der Todtenkammer des Kochspitals lag am Sonnabend eines der schönsten Mädchen, welches die heutigen Wälle mitgemacht hat, die Tochter eines hochgestellten Bahnbeamten, Irma Szerencsenyi. Das Mädchen hat Dienstag einen Selbstmord verübt aus Verzweiflung über Verhältnisse, die wir hier nicht beschreiben wollen. Es sei nur soviel gesagt, daß die Arme viel, sehr viel gelitten, bis sie den Entschluß gefaßt, lieber zu sterben, als sich zu ergeben. Die Eltern, die wohl nicht gedacht, daß es so weit kommen werde, boten Alles auf, um den Todesfall als normal erscheinen zu lassen. Der Hausarzt stellte das Zeugniß aus, daß Irma am Herschlage plötzlich verstorben sei. Er sagte am Ende nichts Unwahres, denn sie starb faktisch an gedrohenem Herzen! Der Todtenschauer bestätigte diese Todesursache und Irma's Leiche wurde in ihre schönsten Kleider gesteckt und, zwischen Blumen gebettet, auf die Bahre gelegt. Am Mittwoch sollte die Beerdigung vor sich geben. Da erschien am Abend ein Polizeibeamter bei den Eltern und wies die Leiche des Ober-Stadthauptmanns vor, demgemäß die Leiche obduzirt werden müsse. Eine anonyme Anzeige war an die Polizei gelangt, in welcher der Selbstmord des Mädchens mitgetheilt wurde. Der Polizeibeamte ließ die Leiche aus dem Sarge heben, entkleiden und mittelst Traglördes nach der Todtenkammer des Kochspitals tragen. Donnerstag gegen Dr. Witz die Leiche in Anwesenheit der Polizeibeamten und Studirenden zu seziren. Da erschien derselbe Polizeibeamte und ließ die Obduktion suspendiren, da, wie er angab, der Verdacht vorlag, daß ein Verbrecher mit im Spiele sei. An der Leiche waren nämlich kleinere Kontusionen und Hautabschürfungen wahrnehmbar, in Folge deren die gerichtliche Obduktion angeordnet wurde. Derselbe fand mit Ausschluß aller nicht amtlichen Personen statt. Das Resultat war: Todesursache — Vergiftung durch Wodphor; aller Wahrscheinlichkeit nach: Selbstmord. — Gegen die Aerzte wird nun die Untersuchung eingeleitet.“

Einen neuen Ausbruch des Aetna befürchtet man in Catania. Aus dem Krater wird fortgesetzt eine dicke Rauchwolke auf und betäubendes Geräusch läßt sich hören.



Sonneberg war von der Strafkammer beim Amtsgericht in Koburg wegen Anstiftung zum Meineid zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Der von ihr zu einer falschen Aussage Angestellte, ein Fabrikarbeiter B., hatte vor dem Amtsgericht in Sonneberg die von ihr gemollte fatale Aussage gethan, aber noch vor Beendigung seiner Vernehmung ausdrücklich als unwahr zurückgenommen und war daher straflos ausgegangen. Die Jakob war der Meinung, daß sie unter diesen Umständen auch nicht verurteilt werden könne und beantragte in der Revisioninstanz Aufhebung des erwähnten Urtheils. Das Reichsgericht (III. Strafsenat) erachtete zwar die Begründung der Revision als unzutreffend, hob aber dennoch, da das Urtheil in seiner Gesamtheit angegriffen war, das letztere auf und verwies die Sache zur abemaligen Verhandlung an das Schwurgericht in Weimingen zurück. In den Entscheidungsgründen wurde folgendes ausgeführt. Der Instanzgericht geht davon aus, daß seitens des Zeugen B. ein Meineidversuch begangen sei, daß derselbe aber wegen der Zurücknahme der Aussage vor Schluß der Vernehmung straflos bleibe. Die Folgerungen jedoch, die der Richter aus dieser Straflosigkeit gezogen hat, sind rechtswidrig. Die Anstiftung des B. war keine erfolglose, wie § 159 („Wer es unternimmt, einen andern zur Begehung eines Meineids zu verleiten.“) voraussetzt. Dieser Paragraph war daher für die Angeklagte gar nicht anzuwenden, sondern der § 153 (Meineid) in Verbindung mit § 48, 2 (Anstiftung), weshalb das Schwurgericht zuständig ist. Rechtswirksam ist es, wenn das Gericht den § 159 deshalb für zureichend hält, weil B. vom Versuch abgehandelt ist. Die Straflosigkeit desselben ist ohne Belang bezüglich der Anstiftung. — Die Angeklagte wird nun, da § 153 eine härtere Strafe als § 159 androht, die neu festzusetzende Strafe aber keine höhere als vorher sein darf, weil das Urtheil auf Revision der Angeklagten aufgehoben wurde, voraussichtlich wieder zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt werden.

### Soziales und Arbeiterbewegung.

An die Arbeiter Berlins! Am 20. März wurden in der Pfaffen Köpffabrik 13 Möbelpolsterer gemahregelt und zwar durch Entlassung, weil dieselben sich weigerten Sonntags und nach Feierabend zu arbeiten. Mit ihnen erklärten sich noch 10 Mann solidarisch, so daß von den 30 Polstern genannter Fabrik nur 7 weiter arbeiteten. Von diesen 23 Arbeitern konnten im Laufe der Woche 11 mit Arbeit versorgt werden, während 12 Mann zu unterstützen sind. Darum, Arbeiter, Handwerker Berlins, tretet mit uns für diese Kollegen ein: wenn Euch einmal dertelbiges zustoßt so werdet Ihr die Möbelpolsterer am Plage finden. Freiwillige Beiträge zur Unterstützung der betreffenden Kollegen bitten wir bei Vorkmann, Sorauerstr. 5, abzuliefern. Mit Gruß die Fachkommission des „Verband der Möbelpolsterer Berlins.“

Unsere Agrarier, ultramontane, konservative und verschämt nationalliberale, haben seiner Zeit die Höferolle für Bestialen als ein lebhaftes Bedürfnis der dortigen bäuerlichen Bevölkerung geschildert. Die Eintragung in die Höferolle bewirkt bekanntlich, daß bei einsetzender Erbteilung der Acker wesentlich bevorzugt wird, die Ritterden sich hingegen mit einem stark geschwächerten Anspruch abfinden lassen müssen. Die bäuerliche Familie soll dadurch wirtschaftlich kräftig erhalten und eine zu weit gehende Zersplitterung des Bodens verhütet werden. Seit nahezu 4 Jahren ist nunmehr die Höferolle in Westfalen in Kraft. Alle Behörden sind angewiesen worden, bei jeder Gelegenheit zur Eintragung in die Höferolle anzuregen. Am 1. Januar aber waren erst 1202 Bauerngüter in ganz Westfalen in diese Rolle eingetragen, davon kommen auf den Landgerichtsbezirk Münster 820, Arnberg 172, Dortmund 82, Essen 46, Bielefeld 35, Paderborn 20, Hagen 12, Duisburg 5, Summa 1202. Die meisten Eintragungen sind erfolgt beim Amtsgericht Werne mit 146, dann Münster 137, Borken 76, Recklinghausen 75, Soest 71, Burgsteinfurt 69, Bielefeld 58, Coesfeld 53, Barendorf 52, bei allen anderen Amtsgerichten weniger als 50. Die Bauern

scheinen sich danach nicht viel aus der ihnen aufgedrängten Hilfe zu machen.

Die Lage der Tuchfabrikation im Grünberger Revier ist nach dem „Deutschen Handelsarchiv“ im Vorjahre immer noch eine befriedigende für — die Fabrikanten gewesen. Bei der Fabrikation der halbmollenen Waaren werden 1600 Arbeiter beschäftigt, die einen Wochenlohn von 15—16 000 M. erhalten haben. Dabei wurden Ueberstunden gemacht und theilweise fand sogar Nachtarbeit statt. Das wäre also für überlange Arbeitszeit ein Durchschnittslohn für die Woche von noch nicht ganz 10 M.! Man sieht, daß für die Arbeiter die Lage keine befriedigende war. Die Verhältnisse haben sich in diesem Jahre nicht gebessert.

Die Berichte der belgischen Fabrikdirektoren zeigen die Ursachen der jetzigen Unruhen; gegen reichlich einviertel Million Fr. im Jahre 1884 war im Vorjahre der Gewinn der Grubendirektion allein in dem Bezirke Lüttich auf zwei Millionen Fr. gestiegen; der einem Grubenarbeiter erreichbare höchste Jahreslohn betrug dabei 750 M.

Die Roth unter den Londoner Arbeitern läßt sich immer nicht rath, denn obson mit dem Eintritt besseren Wetters manche bisher unbeschäftigte Leute im Freien Beschäftigung gefunden haben, so ist die Zahl derselben doch nicht groß genug, um einen fühlbaren Unterschied zu machen, da Handel und Gewerbe noch immer darnieder liegen und somit die Gelegenheiten zum Geldverdienen nur gering sind. Der Mansion House Unterstützungsfonds, bei dem etwa 76 000 M. eingegangen, ist erschöpft und neue Beiträge laufen nicht mehr ein, so daß von dieser Seite keine Hilfe mehr zu erwarten ist. Dagegen haben einige Gemeinden den Vorschlag Chamberlain's befolgt und Drainirungs- und andere öffentliche Arbeiten beginnen lassen, und da auch in einigen Eisenfabriken und Baumwollspinnereien die Arbeit etwas besser geht, so ist Aussicht vorhanden, daß wenigstens ein Theil der Arbeitslosen Beschäftigung finden wird.

Von den New-Yorker Hasen- und Dodararbeitern haben gegen 1000 Mann die Arbeit niedergelegt, weil ihnen die geforderte Lohnerhöhung von 5 Penns pro Tag seitens der Hasenbehörde verweigert wurde. Der Streik dürfte nur von kurzer Dauer sein, da für die Petroleumladungen jetzt bedeutende Arbeitskräfte gebraucht werden. Deshalb wird auf baldiges Nachgeben seitens der Hasenbehörde mit Bestimmtheit gerechnet.

Holzarbeiter-Streik in Basel. Die vereinigten Holzarbeiter erlassen folgenden Aufruf: Werthe Genossen! Durch die Berichte in der „Arbeiterstimme“ werdet Ihr bereits informiert sein, daß wir mit unseren Arbeitgebern in Unterhandlung stehen, betreffend Einführung des 10 stündigen Arbeitstages. Alle Versuche, welche von unserer Seite gemacht wurden, um unsere gewiß gerechte Forderung auf gutlichem Wege herbeizuführen, sind gescheitert. Es liegt deshalb heute circa 250 Mann Verheirathete und 200 Mann Ledige die Arbeit nieder. Die Bewegung erstreckt sich auf Schreiner, Zimmerleute, Bildhauer, Drechsler, Glaser etc. Da wir sonst keine Forderung als die Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit stellen, so zweifeln wir nicht, daß Ihr uns in diesem Kampfe nach Kräften unterstützen werdet, durch Fernhalten von Arbeitskräften und in finanzieller Beziehung. Die Begeisterung unter den Arbeitern ist groß und wir hoffen, daß, wenn wir in obengenannten Punkten kräftig unterstützt werden, in kürzester Frist der Sieg auf unserer Seite sein wird, denn gestützt auf die Solidarität unserer auswärtigen Genossen und gestützt auf unser gutes Recht gehen wir in den Kampf. Mit sozialem Gruß: Die vereinigten Holzarbeiter Basels. NB. Korrespondenzen sind zu richten an die Streikkommission der vereinigten Holzarbeiter, Hotel Simon, Spahlenvorstadt. Unterstufungen an Herrn Riegler, Untere Rebgasse Nr. 15.

### Kleine Mittheilungen.

\* Schreckliche Verwüstung durch eine Gasexplosion. Hamburg, 29. März. Heute früh 6 Uhr 5 Minuten erfolgte

eine bedeutende Detonation in einem Hause an der Kieler Straße in St. Pauli, die weithin gehört wurde. Am Schultenblatt, in der Simsbüttelerstraße, Kieperbahn, ja sogar in der Stadt wurden Getöse und auch Erschütterungen wahrgenommen. In dem genannten Hause, welches von dem Malter Stübe nebst Schwester bewohnt wird, hatte eine Gasexplosion in der Waschküche stattgefunden; die Ursache war bis Nachmittag noch nicht definitiv festgestellt. Vermuthet wird, daß die Gasrohrleitung defekt gewesen und die Gasausströmung sich in der Waschküche längere Zeit angesammelt, woselbst sie durch Fugen etc. sich Luft verschafft habe. Die Gasuhr ist unversehrt geblieben. Die Köchin, die um die angegebene Zeit in der Waschküche anwesend war und leider das Opfer dieses Ereignisses geworden ist, wird wohl nicht angezündet und dadurch die Explosion herbeigeführt haben. Ein Schuttmann bei Rügenbeker's Bierhalle vernahm die Explosion, eilte zur Unglücksstätte und erblickte hier ein Bild der größten Verheerung. Die Schieferplatten, sowie das ganze aus Parterre und Firsterscheiben waren sämmtlich nebst Pfosten und Holztheilen zertrümmert, Möbel lagen geborsten, auch im Nachbarhause, umher, wo ebenfalls die Scherben, wie bei allen in der Nähe und gegenüber liegenden Häusern, zerstückelt waren. Den traurigsten Anblick bot jedoch das betreffende Haus selbst. In demselben waren die Kellergewölbe nebst Mauern, sowie der Treppenschuh eingestürzt, Steine der Haustreppe über die Straße geschleudert, Thüren aus den Angeln gehoben und in den Keller geworfen. Der zuerst auf der Stätte erschienenen Schuttmann fand die in Hause dienende Köchin unter Trümmern liegend vor, von einer auf ihren Kopf gefallenen Thür geblüdet, ebenso lag, von Steinen und Thüren getroffen, das Dienstmädchen bewußtlos am Boden. Die Leiche der Köchin wurde ins Ruchhaus, das sehr erheblich verletztes Dienstmädchen ins Krankenhaus befördert. Die Feuerwehre erschien schnell an Ort und Stelle und begann sofort mit der Aufgrabung der Gasleitung, nachdem der Malter Stübe und dessen Schwester, die im oberen Stockwerk nach hinten schloßen und von der Erschütterung heftig berührt waren, per Leiter in den Garten hinabgeholt waren, da keine Treppe mehr im Innern vorhanden war, die für die Passage Sicherheit geboten hätte. Das Nebenhaus ist ebenfalls sehr beschädigt. Beide Gebäude wurden von Mitgliedern der Polizei- und Baubehörde sofort eingehend besichtigt. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht in der Stadt, Altona u. s. w., so daß viel Publikum herbeilief, doch wurde die Straße durch Schuttmannsposten abgesperrt, um Unberufene von der Stätte der Verhörung fern zu halten.

### Briefkasten der Redaktion.

N. N. 17. Als Delonomie-Handwerker Jahrgang 1874 haben Sie sich am Montag, den 12. April, früh 8 Uhr im Exerzierhaus des 3. Garde-Regiments z. F., Wrangelstr. 102 bis 104, einzufinden.

Tischler W. Rieder in Charlottenburg wird um Einsendung seiner Adresse ersucht.

45. Chiffre. Ein allgemeiner Verein, welcher seinen Mitgliedern unentgeltlichen Rechtschutz gewährt, ist uns in Berlin nicht bekannt. Die einzelnen Fachvereine haben jedoch diese lobenswerthe Einrichtung.

G. J. 1. Sie können als Vormund den Pfandleiher, bei dem Ihre Frau heimlich Depotscheine verlegt hat, auf Herausgabe derselben verklagen. Da der Pfandleiher aus den Depotscheinen erkennen konnte und mußte, daß Ihrer Frau die freie Verfügung über dieselben nicht ausstand, durfte er auf dieselben ein Darlehn nicht gewähren. 2. Auf 44 Mark darf ein konzeptionierter Pfandleiher für 2 Monate höchstens 1,68 M. Zinsen verlangen. 3. Da Diebstahl und Unterschlagung unter Ehegatten straflos sind, kann Ihrer Frau nichts passieren. Sie ist aber natürlich dem Pfandleiher zur Rückzahlung des Darlehns verpflichtet.

### Fachverein der Steinmetzen. Versammlung

am Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, in Ahlgrimm's Salon, Sophienstraße 34. Tagesordnung: 1. Rassenbericht. 2. Der Streik der Steinmetzen in Halle a. S. 3. Anträge zum Kongress. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht [1191] Der Vorstand.

### Berein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen. Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 1. April, Abends 8 Uhr, bei Gratweil, Kommandantenstr. 77/79 (ob. Saal). T. D.: Vortrag des Hrn. Dr. Stahn. Abrechnung. Mitgliedsliste legitimirt. Um zahlreiches Erscheinen bittet [1199] Der Vorstand.

Mit dem 1. April eröffne ich ein Papier-, Buch- und Galanteriewaaren-Geschäft in der Al. Andreasstraße 21. Ich ersuche alle Parteigenossen, Freunde und Bekannte, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Gleichzeitig empfehle ich mich zur pünktlichen Besorgung des „Berliner Volksblatt“, sowie sämtlicher Zeitungen und Inserate. Achtungsvoll F. Bankowski, Zeitung-Expeditur. [1196]

Empfehle meine Schlosserei und Nähmaschinen-Reparatur-Werkstatt. Nähmaschinen sämtlicher Systeme auf Lager. R. Piew, Muskauersir. 38, 80. [834]

### Arbeitsmarkt

Drehlehrling wird verlangt bei [1195] O. Bache, Wrangelstr. 6.

Einen Tapezierlehrling verlangt [1192] Bahlen, Potsdamerstr. 20.

Polierer auf Spiegelrahmen verlangt [1190] Müller, Rantauersir. 57, 2 Hof.

Der Arbeitsnachweis für sämtliche an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter befindet sich vom 3. April ab Mariannen-Platz 4 bei Jahn. [1193]

Der unentgeltliche Arbeitsnachweis der Klavierarbeiter befindet sich Skalitzerstr. 18 bei Stramm. [357]

## August Herold

Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112.  
Möbel-, Spiegel- u. Polsterw.-Magazin.  
Eigene Fabrik. Solldes Preise. Prompte Bedienung. 784

Allen Freunden und Bekannten zeige hiermit an, daß ich mit dem heutigen Tage das Cigarren- und Tabak-Geschäft 15 b Weinbergsweg 15 b für eigene Rechnung übernommen habe. [1188] Cigarren in bekannter Güte. Echten Hauwacker Rahtabak. Achtungsvoll A. Bremer.

Einem geehrten Publikum empfehle mein Reichhalt. Abendtisch. Zu jeder Tageszeit: Königsberger Fleisch, 2 Portion 25 Pf. 427 Reichhaltiger kalter und warmer Frühstücks-, sowie Mittagstisch u. 12 bis 2 Uhr, mit Bier à Rouvert 50 Pf. Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter. Achtungsvoll Hermann Stramm, Restaurateur, Skalitzerstr. 18.

## Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik

A. Schulz, Wasserthorstr. 34 (auch Theilzahlung). Reelle Waare garantiert.

## Cigarren- u. Tabak-Handlung

en gros en detail  
**Fritz Goercki**  
Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde“).  
Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupf-Tabake. Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigaretten u. Tabake. Echi Nordhäuser Rahtabak. [891]  
Freunden und Bekannten empfehle ich mich zur pünktlichen Besorgung des „Berliner Volksblatt“ sowie sämtlicher Journale, Mode-Zeitungen, Brochüren u. s. w. Die gegen die Altmal'schen Theilhaber ausgesprochenen Beleidigungen nehme ich hiermit zur. u. erst. die für ehrenh. Bremer, Invalidenstr. 29. [1198] Rantauersir. 80.

### Theater.

Donnerstag, den 1. April.  
Opernhaus. Der Trompeter von Säckingen. Oper in 4 Akten.  
Schauspielhaus. Tartuffe, Lustspiel in 5 Akten von Moliere. Vorher: Schtes Gold wird klar im Feuer.  
Deutsches Theater. Der Hüttenbesitzer.  
Ballner-Theater. Hofemann's Lächler.  
Refidens-Theater. Frau Doctor, Schwant in 5 Akten von B. Ferrier u. S. Bocage.  
Selle-Alliance-Theater. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer: Sein Spezi.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Gigantebaron, von Joh. Strauß.  
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiele und 3 Akten von Jakobson und Willen.  
Central-Theater. Der Stadt-Trompeter.  
Victoria-Theater. Wegen „Amor“ Proben geschlossen.  
Ostend-Theater. Die Loreley, romantisches Schauspiel in 5 Aufzügen.  
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

### Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15. [851]  
Heute:  
**Am Allerseelentag**  
oder:  
**Das Gebet auf dem Friedhof.**  
Original-Vollstauspiel in 4 Akten nebst 1 Vorspiel  
**Ein gegebenes Wort**  
von Heinrich Klausmann.  
Vor der Vorstellung:  
**Gr. Konzert der Hauskapelle.**  
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Wens haben Wochentags Gültigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.  
Passage 1 Treppe. 9 u. 10. [852]  
Kaiser-Panorama.  
Nur diese Woche:  
Das schottische Hochland. 1. Abth. Eine Reise d. d. schöne Spanien. Gertha. Reise. Carolinen-Inseln. Eine Reise 20 Pf. Kinder nur 10 Pf.



# Beilage zum Berliner Volksblatt.

Dr. 77.

Donnerstag, den 1. April 1886.

III. Jahrg.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

78. Sitzung vom 31. März, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes von Voetischer, von Buttler, von Bronsart, später Hilt von Bismarck.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Sozialistengesetzes, speziell der Anträge des Abg. Windthorst bezüglich des Verbotes der Versammlungen (§§ 9, 10, 17 und 18) wird fortgesetzt.

Abg. Reuschner (Reichspartei): Obwohl wir gegen das sozialdemokratische Programm schließlich durch seine eigene Unmöglichkeit gesiegt sind, so ist es doch ein Irrthum, den kein im praktischen Leben stehender Mann theilen wird, die Ideen desselben im Wege der freien Diskussion überwinden zu wollen, zumal in leidenschaftlich erregten Massen, deren gemäßigter Führer rasch durch Anarchisten verdrängt werden. Wenn die Mehrzahl der Geschäfte fast ohne Nutzen arbeitet, so sind die Folge davon Verarmung der Löhne und Arbeitslosigkeit. Aber die Mittel, diese Noth und Klage abzustellen, liegen auf ganz anderen Gebieten, als die das Programm der Sozialisten berührt; von der Demonstration des Silbers damit eine Misere, der hoffentlich durch die vereinten Bemühungen der Staaten ein Ende gemacht werden wird. Die Reichspartei wird in erster Linie für die Vorlage (5 Jahre) und erst nachgedrungen für den Antrag v. Hertling (2 Jahre) stimmen.

Abg. Hänel: Wir werden für die Anträge Windthorst als eventuelle, aber trotz ihrer etwaigen Annahme gegen das Gesetz im Ganzen stimmen, nach der alten Praxis der Minoritätsparteien gegenüber einem Gesetz, das uns grundsätzlich widerstrebt, dem wir aber eventuell eine relativ bessere Gestalt geben möchten. Dadurch thun wir unserem Standpunkt keinen Abbruch, setzen und seiner Wichtigkeit aus und bestreiten zugleich die unglaubliche Uebertreibung des Ministers, der behauptet hat, daß mit diesen Anträgen die wesentlichen Zwecke des Gesetzes nicht erreichbar seien. Hätten dieselben Anträge bei der ersten Annahme des Sozialistengesetzes vorgelegen, die Regierungen hätten sich keinen Augenblick besonnen, sie anzunehmen; es würden mit denselben ganz die nämlichen Erfolge erzielt worden sein, die überhaupt erreicht worden sind. Was die Regierungen gegen die Amendements einnimmt, ist ihre Tendenz, ein Uebergangsstadium zu dem gemeinen Recht zu bilden und der Gedanke der grundsätzlichen Verwerfung jedes Ausnahmegesetzes, dem die Antragsteller nur aus tatsächlichen Gründen in diesem Fall nicht Folge geben. Nimmt der Reichstag diese Anträge an, so billigt er grundsätzlich das Sozialistengesetz als Ausnahmegesetz nicht, sondern stellt es nur als Ausbittlungs- und Ueberleitungs- zum gemeinen Rechte an. Darum halten wir es von großem Werthe, daß wenigstens eine eventuelle Annahme der Anträge erfolgt, und würden die Anschauung des Reichstags zu verlässlichen meinen, wollten wir unsere Stimmen nicht hinzufügen. Von Anfang an ein Gegner des Sozialistengesetzes, wie ich die Grundanschauung, welche uns leitet, nochmals kurz darlegen, nicht in Form einer Polemik gegen den Abg. Stöcker, der in seiner leidenschaftlichen Befürwortung des Gesetzes in einen gewissen Widerspruch mit sich selbst gerathen ist. Ich kenne keinen Mann im Deutschen Reiche, der ein gleiches Talent zu Aufreizungen besitzt (sehr gut! links), der die Methode der Polemik, welche man gerade der Sozialdemokratie vorwirft, überall seinen Zwecken nutzbar zu machen weiß (sehr wahr! links), man kann geradezu sagen: er ist der Bebel der religiösen Intoleranz und des Staatssozialismus. (Beifall der Reichspartei und stürmische Heiterkeit links. Unruhe rechts.) Wie kommt er dazu, außerordentliche Maßregeln gegen die sozialistische Agitation zu beschließen? (Sehr wahr! links.) Allerdings ist dies ein Widerspruch seines eigenen Wesens, und doch hat er wieder in einer gewissen Konsequenz gehandelt. Bei der hohen Meinung, die er von seiner eigenen Gottähnlichkeit hat (Gelächter links, Unruhe rechts), muß er nothwendig jedem Ausnahmegesetz zustimmen. (Sehr richtig! links.) Er ist ja auch für Ausnahmegesetze gegen die Juden, und in seiner Stellung in der Kirche ruft er überall nach dem starken Arm des Staates, um seine kirchlichen Gegner, die liberale Strömung in der Kirche zu unterdrücken. (Hört! hört! links.) Der Minister fragte gestern, ob wir wirklich davon überzeugt seien, daß die geistigen Waffen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ausreichen? Ja wohl, Herr v. Buttler, gerade diese Grundanschauung trennt uns von Ihnen, weil uns die Geschichte lehrt, daß noch keine große Strömung auf religiösem, sozialem, politischem Gebiete mit äußerlichen Mitteln, mit Polizeigewalt hat beseitigt werden können. (Beifall der Reichspartei links.) Jede Wahrheit muß sich dadurch behaupten, daß sie ihre Gegner überwindet, der Theismus wird nicht bestehen, wenn er nicht den Atheismus überwindet, die politische Freiheit nicht, wenn sie nicht die freiheitswidrigen Bestrebungen besiegt, kein religiöser Glaube, wenn er sich nicht anderen Lehren gegenüber zu behaupten versteht. Deshalb werden auch Sozialdemokratie und Anarchismus dauernd nur durch die Freiheit der geistigen Faktoren, die ihnen in Wahrheit gegenüberstehen, zu unterdrücken sein. Es ist aber eine Verdrängung unseres Standpunktes, wenn man uns gleichzeitig die Frage entgegenhält, ob wir diese Grundsätze selbst einer Partei und Bestrebungen gegenüber zur Anwendung bringen wollen, welche nicht diejenigen Ansichten respektirt, die Recht und Staat gleichmäßig von Allen fordern. Wir verlangen gerade um der Freiheit willen, die wir gewahren, die vollste Respektirung und gehen nicht von dem Grundsatz aus: wer sich außerhalb des Rechtes und Staates mit Agitationen und seiner Thätigkeit stellt, den muß das Recht und der Staat außerhalb seiner selbst stellen. Freiheit hat nur der in Anspruch zu nehmen, der sie selbst zu achten versteht, wer an die Gewalt appellirt, dem ist mit Gewalt zu antworten. Das können wir erreichen auf dem Boden des gemeinen Rechtes und Nichtverletzung mit scharfer Waffe zurückweisen. Diese Frage des Ministers ist also eine von uns längst beantwortete, sie war gestern auch nur eine taktische Form seiner Polemik. Das, was an der Lage der Sache wirklich neu ist, ist der Hinweis auf die belagerten Ereignisse. Ich gebe dem Minister zu, daß dieselben aus der Diskussion nicht auszuweichen sind, nicht aber gebe ich ihm zu, daß sie irgend welche sozialistische oder anarchische Formel ins Werk gesetzt, sondern es ist ein Kampf um Löhne, ein Streit, wie jeder andere, nur verschärft durch die schwere Lage der belagerten Arbeiter von jeher und im gegenwärtigen Augenblicke. Allerdings haben sich später sozialistische und anarchische Elemente angeschlossen. Unser Sozialistengesetz ist doch aber nicht dazu bestimmt, Lohnbewegungen entgegenzutreten, der Minister hat dies in der Kommission ausdrücklich bestritten. Könnten wir denn auch, wenn was Gott verhüten wolle, bei uns ähnliche Verbrechen begangen oder auch

nur entfernt ähnliche Ereignisse vorkommen würden, von dem Sozialistengesetz Schutz erwarten? Es ist schlechterdings unanwendbar. Es bleibt also nur übrig, daß ein ähnliches Gesetz in Belgien eine prophylaktische Wirkung gehabt haben würde, also gerade der Streitpunkt, der uns hier beschäftigt, ob das Sozialistengesetz geeignet ist, die Sozialdemokratie dauernd zurückzudrängen oder den Bestrebungen einen milderen Charakter zu geben, d. h. ob es bis jetzt irgend welchen wesentlichen Erfolg für sich aufzuweisen hat. Ich spreche ihm nicht jede Wirksamkeit, namentlich nach Außen hin, ab, man kann sogar zugeben, daß es in einzelnen Landestheilen die Ausbreitung zurückgedrängt hat, für mich aber sind die Zahlen maßgebend, die Thatsache, daß die Sozialdemokratie in den Wahlen zum Reichstage ganz enorm unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes gestiegen ist und daß die Zahl der Vertreter hier eine Verdoppelung erfahren hat. Da wäre es doch Selbsttäuschung, zu sagen, das Sozialistengesetz habe den Erfolg gehabt, die Sozialdemokratie einzuschränken. Jenen vorteilhaften Wirkungen, wie langsameres Tempo der Ausbreitung, angemessene Form in der Presse, Programmänderungen und Behaltens stehen aber die schwersten Schäden gegenüber; das Gesetz ist ein Element der Demoralisation des deutschen Volkes geworden. (Beifall der Reichspartei links; Widerspruch rechts.) Statt den Klassenhaß abzustumpfen hat es ihn verschärft. Der nicht sozialdemokratische Arbeiter fühlt sich in tiefer Seele verletzt, daß man auch ihn den Druck dieses Gesetzes fühlen läßt, und so hat es einen scharfen Gegensatz herbeigeführt zwischen der Arbeiterschaft und der Bevölkerung, welche geschädigt werden sollte. Ein weiterer schwerer Schaden ist, daß es den Sinn der Ungelehrlichkeit in die breitesten Schichten des Volkes hineingetragen hat. Die Sozialdemokraten freuen sich, aus Bebel's Rede konnten sie den Triumph heraushören, daß ihnen das Gesetz einen Zusammenschluß verschafft hat, werthvoller als jede Organisation vor dem Gesetz; sie freuen sich, ihm ein Schnippen zu schlagen, überall lesen die Arbeiter die verbotenen Schriften. Herr Stöcker pries es als etwas Großes, daß jetzt jeder Arbeiter wisse, die Zeitung, die er lese, sei verboten, und daß sie von dem durchdrungen wären, sie thäten etwas Ungeheures. Nun, ich finde, das ist etwas ganz Abscheuliches. (Sehr wahr! links.) Es ist gefährlich, daß man sagen kann: zwar das jetzt gültige Gesetz umgeben wir, aber jenen großen Grundgedanken der Gleichheit aller vor dem Gesetze behaupten wir, indem wir die uns mit Füssen tretenden Gesetze des Staates umgeben. Denselben Vorgang sehen wir in den katholisch-kirchlichen Kreisen unseres Volkes gegenüber der Raigegebung im preussischen Staate; wie die formalen Gesetzwidrigkeiten der Anhänger der katholischen Kirche unter dem Scheine einer gewissen Heiligkeit überall geschehen sind, ebenso werden jetzt in Arbeiterkreisen gewisse Gesetzwidrigkeiten gleichsam mit einem Glorienschein umgeben. Das ist die schwere demoralisierende Wirkung. (Beifall der Reichspartei links.) Diese erstreckt sich aber auch auf diejenigen Schichten des Bürgerstandes, welche durch das Gesetz geschädigt werden sollen. Das Gesetz wiegt sie in eine falsche Ruhe und Sicherheit, deren möglichst lange Wirkksamkeit sie wünschen. Wenn wir nicht in unserem Bürgerstande Tag für Tag die Ueberzeugung nähren, daß den Gefahren der Sozialdemokratie nur dadurch begegnet werden kann, daß Jeder gegen dieselbe selbst eintritt und daß das selbstthätige Bürgerthum am letzten Ende nur den Sieg des Liberalismus erlangen könne, dann wird diese unsere Staatsgesellschaft rettungslos zu Grunde gehen. Gleich ist die Bewegung in Belgien nur ein Symptom, mir ist gar nicht zweifelhaft, daß sie eine größere Bewegung ansetzt, welche im Westen anhebt, und daß daraus uns die schwersten Gefahren entstehen können; aber dagegen sind Ausnahmegesetze wirkungslos. Je mehr ich diese Gefahren nicht unterschätze, desto mehr bin ich überzeugt, daß nur, wenn wir die Bürger auf den Kampf um ihre eigenen Güter hinweisen, der Gefahr auf die Dauer begegnet werden kann. Allerdings nimmt man bei näherem Gemüthe nicht den Blickleiter vom Dache seines Hauses, wenn er in Ordnung ist. Ist er aber in Unordnung, so leitet man den Blick zu seinem Schaden in sein Gebäude. Das Gesetz ist ein schlecht angelegter Blickleiter, welcher die Gefahr nur verschärft und verhindert, die wahren Sicherheitsmittel gegen die Feinde unserer staatlichen und sozialen Ordnung in Anwendung zu bringen. (Beifall der Reichspartei links.)

Abg. v. Hertling: Die Stellung des Theils meiner Freunde, den ich vertritt, zum Gesetz ist folgende: 1878 haben wir, hauptsächlich wegen der vagen Fassung des § 1, gegen das Gesetz, nachher aber für die Verlängerung gestimmt, weil jene vage Fassung mehr oder minder eingeschränkt und präzisirt war durch die lokale Handhabung des Gesetzes. Zur Zeit handelt es sich darum, ob wir das Gesetz wieder verlängern oder ein völliges Vacuum schaffen wollen. Ich weiß wohl, daß der Name „Ausnahmegesetz“ in weiten Kreisen des Volkes und auch bei vielen meiner Freunde seine Wirkung nicht verfehlt, daß es wie eine Verletzung des Rechtes erscheint, wenn eine bestimmte Partei nicht gleich den anderen behandelt wird. Aber ich meine, der Grundgedanke des Gesetzes für Alle das doch nur da gelten, wo sich Alle wirklich innerhalb des gleichen Rechtes halten. (Sehr wahr!) Das thun die Sozialdemokraten nicht. Ihr Programm ist nicht eine bloße Verschiebung eines Verfassungsfaktors, nicht die Interessenvertretung gewisser Bevölkerungskreise, sondern ausgesprochenenmaßen gerichtet gegen die letzten und tiefsten Fundamente der ganzen gesellschaftlichen Ordnung, gegen die heiligsten Grundlagen des öffentlichen Lebens. Hat denn nicht der Abg. Bebel selbst als sein letztes Ziel auf den Atheismus hingewiesen? (Abg. Bebel: Ja das ein Verbrechen!) Wir, die wir fest stehen auf dem Boden des Christenthums und es als Grundlage unseres ganzen Volksthumes ansehen, können ihrer Ansetzung nicht ruhig zusehen; der Atheismus der Massen ist nicht nur ein Erzeugniß der Theorie, sondern unmittelbar eine Kraft der Zerstörung. (Beifall im Centrum.) Atheismus der Massen bewirkt Gewissenlosigkeit der Massen; und wir, die wir in unserem Verhältnisse zum lebendigen Gott das werthvollste Gut unseres Lebens erblicken, wollen nicht dulden, daß die Arbeiter Gott entfremdet werden durch die Wüthereien gewisser Agitatoren, die sich mit den Freyen einer angeblichen Wissenschaftlichkeit brüsten! (Beifall der Reichspartei links.) Verleumdung! Großer Lärm. Der Präsident ionisirt, daß Abg. Bebel die Ordnung wesentlich habe stören wollen und ruft ihn deshalb zur Ordnung. Auch das wirtschaftliche Programm der Sozialdemokraten steht in fundamentalem Gegensatz zu allem, was die übrigen Parteien vereinigt. Sie wollen ja nicht schreiende Ungerechtigkeiten der Besitzverhältnisse verbessern, sondern sie predigen eine neue Konstitution aller Eigentums- und Erwerbszustände, die so vollkommen alles historisch Gewordene vernichten würde, daß sie nur mit brutaler Gewalt durchführbar wäre und zur Zerstörung der gesammten Zivilisation führen müßte. (Beifall der Reichspartei links.) Schon bei Zurücklegung weiterer Schritte auf diesem Wege würde die bestehende Gesellschaftsordnung total zerstört werden. Wir leugnen schlechterdings jede Nöthigkeit des Sozialistengesetzes mit dem

Resultatgesetz. Letzteres ist nur die belagerte Folge der Spannung konfessioneller Gegensätze; eine belagerte Folge der Anerkennung der wahren Faktoren der Ordnung, denn 1848 haben gerade die Jesuiten als Stützen der Gesellschaft sich bewährt. Das Sozialistengesetz aber richtet sich gegen wirklich vorhandene gefährliche Bestrebungen; denn das rothe Geistes hat leider Fleisch und Blut angenommen. Zu meinem Erstaunen ist von Herrn von Buttler und von anderen Seiten gesagt worden, die belagerten Unruhen seien unter einer katholischen Arbeiterbevölkerung, guten Söhnen ihrer Kirche, ausgebrochen. Nach mir zugelommenen zuverlässigen Nachrichten (die der Redner verliest) ist gerade Herr Dandour, jener große Hüttenbesitzer in Charleroi, in dessen Establishment die Empörung am stärksten wüthete, einer der wildesten Fanatiker des Radikalismus; er duldet keinen Arbeiter, der sich katholisch nannte, und verlangte von seinem ganzen Personal denselben Haß gegen die Religion, den er selbst hegte. (Hört, hört! im Centrum.) Herr Bebel hat dann gesagt, das katholische Ministerium in Belgien habe auch das Wenige beseitigt, was das liberale für Volksbildung gethan habe. Das ist vollkommen falsch; das liberale Ministerium hat überall zwangsweise Staatschulen auf Kosten der Gemeinden eingeführt, das jetzige nur diesen Zwang beseitigt und statt dessen die freien Schulen gefördert, deren Thätigkeit ein gewiß unverdächtig Beurtheiler, der unserer Partei durchaus nicht nahe stehende Nationalökonom de Vaele, bemühenswerth nennt. Herr Stöcker hat mit begreiflicher Breite ausgeführt, daß in Belgien die katholische Kirche Flakso gemacht habe; in einem Vortrag, den er kürzlich in Berlin hielt, soll er sogar von einer verwerflichen Thätigkeit Rom gesprochen haben. Hat jemals hier ein römischer Katholik ein ähnliches Urtheil über die protestantische Kirche oder über die Richtung des Herrn Stöcker ausgesprochen? Herr Charles Perrin, auf den er sich beruft, verfolgt die einseitige und verkehrte sozialpolitische Richtung des Manchesterthums; das hat doch aber mit seiner Eigenschaft als Katholik nichts zu thun. Belgien leidet an den Folgen jenes Manchesterthums und an den Nachwehen der französischen Revolution; und aus den dortigen Unruhen können Sie im Gegensatz zu Herrn Stöcker gerade entnehmen, daß es einen Pakt zwischen der katholischen Kirche und der Revolution nicht gibt, und daß die Revolution zuerst gegen den richtet, der einen solchen Pakt versucht. Herr Stöcker stieß offene Thüren ein, wenn er meinte, man könne bei der Sozialpolitik den Staat nicht entbehren. Gerade meine Partei hat zuerst die Hilfe des Staates auf sozialem Gebiet angerufen und den Grundgedanken vertreten, daß Staat und Kirche bei der Sozialreform eben zusammenwirken müssen. Wir haben nur nicht das unbedingte Vertrauen zur Staatsgewalt wie Herr Stöcker; denken Sie nur an die letzten Reichstagswahlen, wo die unter das Ausnahmegesetz gestellte Partei am meisten stets von derjenigen umworben wurde, welche die Regierung unterstützte; denken Sie auch an jene von leitender Stelle gesprochenen Worte des Willkommens, welche die Vernehmung der sozialdemokratischen Abgeordneten als ein freudiges Ereigniß begriffen. (Sehr gut! im Centrum.) Da ist es wohl begreiflich, daß Manche von uns zweifeln können, ob sie der Verlängerung des Gesetzes zustimmen sollen. Ich halte indessen diese Zweifel nicht für so berechtigt, daß ich meine, wir könnten dies Gesetz ablehnen; denn dasselbe soll ja nicht eine Waffe sein für die Regierung, sondern es ist ein Schutzmittel, dessen Staat und Gesellschaft zur Zeit belagert werden im eigenen Interesse nicht entbehren können. Allerdings, als dauernde Institution wollen wir das Gesetz nicht, schon wegen seiner vagen Fassung, welche die Handhabe bietet zu vielfach mißbräuchlicher Auslegung; dann aber auch, weil das Gesetz irrigere, aber thatsächlicher Weise von den Arbeitern als ein gegen sie gerichtetes Klammernetz aufgefaßt wird. Wir haben daher ernsthaft die Ueberlegung des jetzigen Rechtszustandes zum normalen ins Auge zu fassen, und diese meine Ansicht theilt man in weiten Kreisen; man will allmählig normale Zustände, selbst auf die Gefahr einer allgemeinen Verschärfung des Preßgesetzes und des Vereins- und Versammlungsgesetzes (hört, hört! links) herbeiführen. Im bezeichneten Sinne werden meine Freunde daher in erster Linie für die Amendements Windthorst stimmen; in zweiter Linie bitte ich Sie aber, meinen Coantrahanten anzunehmen. (Beifall der Reichspartei im Centrum.)

Abg. Marquardsen: Der Abg. von Hertling hat so eben mit großer Offenheit gesprochen und ich danke ihm dafür; namentlich haben mich seine Bemerkungen gegenüber Herrn Stöcker sehr befriedigt. Was die Anträge Windthorst betrifft, so meinen ja auch wir, daß das Gesetz nicht eine dauernde Institution sein soll, daß man namentlich oft prüfen muß, ob man nicht allmählig einen normalen Rechtszustand herbeiführen kann; aber die Anträge Windthorst machen, wie ich glaube, die Waffe, die uns das Gesetz gewähren soll, nur schwächt, und ich muß mich gegen diese Vorschläge erklären. Auch die Regierung hat ja das Gesetz mit den Anträgen Windthorst für unannehmbar erklärt, und diese Erklärung ist für uns sehr schwerwiegend, denn die Regierung ist für Frieden und Ordnung verantwortlich. Es ist gesagt worden, daß die Anträge Windthorst einen Rechtszustand, wie er in Oesterreich bestehe, herbeiführen werden. Dies ist nicht richtig; im Gegentheil entspricht das österreichische Sozialistengesetz wesentlich dem unsrigen in seiner jetzigen Gestalt. Der Reichskanzler hat neulich unter der Zustimmung des Hauses erklärt, daß das Vaterland drei Hauptaufgaben habe: eine zufriedene Bevölkerung, gute Finanzen und ein starkes Heer. Da glaube ich, wenn das Sozialistengesetz geeignet ist, die verderblichen Lehren einer ungezügelten sozialistischen Agitation niederzuhalten, daß wir recht thun, an dem Gesetze festzuhalten. Denn wenn, wie in Belgien, Eigentum im Werthe von Millionen und Arbeitslosigkeit auf Takte hinaus zerstört werden, so fördert das nicht die Finanzen; und was unser Heer anlangt, so fürchte ich nicht, daß die sozialdemokratischen Umtriebe jemals die starke Basis des deutschen Heeres erschüttern können; aber das starke Heer ist im Falle der Noth auch dazu da, um den Frieden im Innern zu erhalten, und es heißt: inter arma silent leges. Deshalb, so lange man mit bloßen Gesetzen auskommen kann, soll man es versuchen. Das äußerste Mittel nur für den äußersten Fall! Sorgen Sie mit dafür, daß die Gefahren, welche von irregulierten Söhnen des Vaterlandes aus drohen können, zunächst mit den friedlichen Waffen des Gesetzes abgewendet werden, damit wir nicht einmal in die Lage kommen, sie mit den Waffen der Gewalt unterdrücken zu müssen! (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Bebel: Ich konstatire zunächst, daß mir durch den Schluß der Diskussion die Möglichkeit der Vertheidigung abgeschnitten ist. Den Vergleich des Abg. Hänel zwischen mir und Herrn Stöcker weise ich auf das Entscheidendste zurück. (Lachen rechts.) Es ist dies ein Mann, von dem



gerichtlich konstatiert ist, daß er eidlich objektiv die Unwahrheit gesagt hat.

**Abg. Stöder:** Herr Abg. Hänel hat mich den Bebel der Intoleranz genannt. Ich danke ihm für das Kompliment und gebe es ihm bei seiner tragischen Natur so zurück, daß ich ihn für den Sabor des Fortschritts erkläre. (Große Heiterkeit und Beifall rechts.)

**Abg. Sabor:** Der Abg. Stöder hat die Gelegenheit ergriffen, um in ganz ungerechtfertigter Weise meinen Namen hier in die Debatte zu ziehen. (Heiterkeit.) Ich begreife dies sehr wohl bei der christlichen Gesinnung, die den Herrn Hofprediger und Abg. Stöder erfüllt. (Heiterkeit.) Ich meinerseits erkläre dem Herrn Hofprediger und Abg. Stöder, daß ich keine unchristlichere Erscheinung je im öffentlichen Leben kennen gelernt habe als ihn. Er ist eine der verächtlichsten Erscheinungen!

**Präsident:** Der Herr Abg. Sabor hat soeben Herrn Stöder eine verächtliche Erscheinung genannt. (Sehr gut! Bravo! links.) Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.

**Abg. Hänel:** Herr Bebel scheint den Vergleich mit Herrn Stöder als eine Beleidigung aufzufassen. Ich fasse den Vergleich mit Herrn Sabor nicht als eine Beleidigung auf. (Abg. Stöder: Ich auch nicht!) Wenn Herr Stöder nur mit einer Retourkutsche zu antworten wußte und wenn dazu von der Rechten Beifall gezollt wird, so beneide ich die Herren nicht um den Reichthum ihres Geistes. (Heiterkeit.)

Die Anträge des Abg. Windthorst, welche das vorherige Verbot von Versammlungen aus dem Gesetz entfernen wollen, werden gegen die Stimmen der Deutschkonservativen, der Reichspartei, der Nationalliberalen und des Abg. Grafen Hade mit 146 gegen 135 Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten enthalten sich der Abstimmung.

Die Anträge Windthorst bezüglich der §§ 11, 13 und 24, welche nunmehr zur Diskussion gestellt werden, beziehen sich auf das Verbot von Druckschriften.

**Abg. Windthorst:** Mein Antrag will nur eine Härte des Gesetzes beseitigen. Uebrigens lehnt sich der neue österreichische Entwurf an diese Bestimmung an. Ich konstatiere bei dieser Gelegenheit ausdrücklich, daß die Sozialdemokraten sich der Abstimmung über meine Anträge vorhin enthalten haben. Ihnen scheint also das schärfere Gesetz das Liebere zu sein.

Der Antrag Windthorst wird mit derselben Mehrheit wie vorher angenommen. Die Sozialdemokraten enthalten sich wiederum der Abstimmung.

Die Anträge Windthorst zu den §§ 26 und 27 beziehen sich auf die Beschwerdekommision, die nach denselben nur aus 9 Mitgliedern der höchsten Gerichte des Reichs oder der einzelnen Bundesstaaten bestehen soll, während sie jetzt aus 6 Mitgliedern der höchsten Gerichtshöfe und aus 4 Mitgliedern des Bundesraths besteht.

Diese Anträge werden ohne Debatte angenommen. Die letzte Gruppe der Anträge bezieht sich auf den sog. Keinen Belagerungszustand, welchen Windthorst auf Berlin und einen Umkreis von 30 Kilom. beschranken will.

**Abg. Windthorst:** Unvergleichlich hat diese Gesetzesbestimmung dazu beigetragen, weite Kreise der Bevölkerung, welche sonst nicht sozialistenfreundlich sind, gegen dieses Gesetz mit Abneigung zu erfüllen. Ich will den Keinen Belagerungszustand für Berlin aufrecht erhalten, weil dieses der Mittelpunkt des ganzen Reichs, die Residenz und der Sitz der Zentralbehörden, namentlich auch des Reichstags ist. Ich muß gegenüber mancherlei Angriffen in der Presse konstatieren, daß ich in der Kommission ausdrücklich erklärt habe, wie ich den Antrag keineswegs stellte, weil etwa Sr. Majestät irgend welchen Schutz für seine Person verlangte. Ich bin überzeugt, daß Seine Majestät, welche so vielen Gefahren müthig entgegengegangen ist und für das Vaterland sein Leben aufs Spiel gesetzt hat, in keiner Weise daran denkt, für seine Person irgend welchen Schutz zu verlangen. Das dispensirt aber seine Unterthanen nicht, ihrerseits das zu thun, was zu seinem Schutze notwendig ist; denn der Monarch ist das Eigenthum der Nation, und dieses Eigenthum muß die Nation beschützen. Ich habe deshalb geglaubt, daß ich eine Unterthanenpflicht und eine patriotische Pflicht erfüllte, als ich diesen Antrag stellte. Uebrigens wurden schon in den Rottosen zu dem ersten Sozialistengesetz gerade die schrecklichen Attentate gegen die Person Sr. Majestät als wesentlichsten Ausgangspunkt der beabsichtigten Gesetzgebung hingestellt, allerdings unter Hervorhebung auch anderer Momente. Im Oktober 1878 hat dann auch Fürst Bismarck sehr prägnant mit Recht auf die erhabene Person Seiner Majestät hingewiesen, und endlich hat Minister Culenburg am 17. März 1879 dies ebenso klar ausgesprochen.

**Abg. v. Bollmar:** Nachdem Sie uns mit wesentlichem Beifall desentrums das Wort abgeschnitten haben, hatten wir keine Veranlassung, uns noch an der Debatte über die einzelnen Anträge zu betheiligen. Sie wollen keine Gründe hören, sondern brutale Gewalt üben. (Ob!) Der Schluß des Abg. Windthorst, unsere Stimmhaltung dokumentire, daß uns das schärfere Gesetz lieber sei, bedarf keiner erheblichen Widerlegung. Bebel hat gestern schon die Erklärung dafür gegeben. Nachdem man uns das Wort abgeschnitten, wollten wir uns an der ganzen Komödie nicht betheiligen. (Ob!)  
**Präsident v. Bebel:** Der Abg. v. Bollmar hat die Verhandlungen hier im Reichstage eine Komödie genannt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.

**Abg. v. Bollmar:** Ich habe nur die ganze Art der Einbringung und Durchführung dieser Anträge eine Komödie genannt. (Große Heiterkeit.)

**Präsident v. Bebel:** Ich kann darin einen wesentlichen Unterschied nicht finden. (Heiterkeit.)

**Abg. Windthorst:** Es scheint, als ob die Herren in einer Weise debattiren wollen, welche uns zeigt, daß scharfe Maßregeln notwendig sind. (Aha! links.) Meine Anträge sind sehr ernst gemeint.

**Abg. Lengmann:** der sich darüber beklagt, daß auch ihn einem Fraktionslosen, daß Wort abgeschnitten worden sei, versucht auf die vorige Generaldebatte des Häberers einzugehen. Drei Dinge habe der Reichskanzler als die Grundlage des Deutschen Reichs bezeichnet: die Zufriedenheit des Volks, gute Finanzen und ein scharfes, festes Heer. (Rufe rechts: zur Sache!) Der Reichskanzler täusche sich aber über das, was das Volk zu Frieden mache. (Der Präsident ruft den Redner zur Sache.) Es gelte eine gewisse Vertagung des Beschlusses dazu, die Vorgänge in Belgien mit diesem Gesetz in einem Kausalzusammenhang zu bringen. (Der Präsident ruft den Redner zum zweiten Male zur Sache und macht ihn auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.) Er werde für den Antrag Windthorst stimmen, weil derselbe den Keinen Belagerungszustand auf einen möglichst kleinen Kreis beschränke. Uebrigens habe er, Redner, selber das Gefühl, in seinen Ausführungen etwas zu weit gegangen sein, dieselben ständen doch nicht mit § 23 des Gesetzes in einem innigen Zusammenhang. (Heiterkeit.)

**Abg. v. Bollmar:** Wie ernst die Anträge Windthorst gemeint sind, wird sich bei der dritten Lesung zeigen, wo das Centrum dem Gesetz zustimmen wird. Wie sollen hier abgeschwächt werden und wollen deshalb wenigstens alles überflüssige Geschwätz vermeiden.

**Abg. Windthorst:** Für seine Abstimmung ist Jeder von uns bereit, die volle Verantwortlichkeit zu tragen. Wir sind gewohnt, stets zu vertheiligen, was wir für recht halten. (Beifall im Centrum.) Wie sich die Dinge bei der Abstimmung entwickeln, wollen wir abwarten. Das ganze Centrum will aber das, was meine Anträge enthalten.  
Der Antrag Windthorst wird angenommen.  
Nunmehr kommen sämtliche Anträge Windthorst, welche

als Art. I in das Gesetz aufgenommen werden sollen, zur Abstimmung. Derselben werden mit 164 gegen 142 Stimmen angenommen.

Die Sozialdemokraten enthalten sich der Abstimmung. Während dieser Abstimmung tritt der Reichskanzler Fürst v. Bismarck in den Saal.

Nach der Regierungsvorlage soll die Dauer des Gesetzes bis zum 30. September 1891 verlängert werden. Abg. von Herling schlägt vor, das Gesetz nur auf 2 Jahre, bis zum 30. September 1888, zu verlängern.

**Reichskanzler Fürst v. Bismarck:** Die verbündeten Regierungen haben die Verlängerung des Gesetzes auf fünf Jahre beantragt in der Absicht, der Bevölkerung, namentlich der der großen Städte und der größeren Fabrikbezirke, diejenige Beurlaubung zu gewähren, die mit der Sicherheit einer längeren Dauer der jetzt bestehenden Ausnahmeeinrichtungen verbunden ist. Das Gefühl der Sicherheit wird notwendig die jeder Fragestellung der jetzigen Ausnahmebestimmungen nach immerhin ein geringeres sein, als es sein würde, wenn man immerhin auf Zeit, aber doch auf einen längeren Zeitraum als bisher, die Verlängerung des Gesetzes ausdrückte. Ich habe auch die Uebersetzung erwogen, ganz abgesehen von den Ereignissen in unserem Nachbarstaate, die gestern hinreichend besprochen worden sind, insbesondere aus der gestrigen Diskussion, daß die Möglichkeit, ein Ausnahmegesetz der Art zu entbehren, und ferner liegt als ich angenommen hatte. Der Abg. Bebel ist mit der heroischen Führer der ganzen Bewegung, die wir bekämpfen. Ich muß ihm das Zeugnis geben, daß er bisher sich mit mehr Mäßigung über die Ziele, die er verfolgt, ausgesprochen hat als in der gestrigen Rede — so, wie ich sie gelesen habe. In der gestrigen Rede hat er expressis verbis erklärt, daß er den politischen Nord und in specie den Fürstenmord doch nur innerhalb einer gewissen Grenze der Einrichtungen — einer Grenze, deren Ausdehnung er natürlich seiner eigenen Beurtheilung vorbehält — für unzulässig halte. Er hat, so wie ich gelesen habe, gesagt: wenn unsere Zustände den russischen ähnlich würden, dann würde er glauben, daß auch ähnliche Gegenwirkungen, wie die der Nihilisten — ich glaube, er hat den Ausdruck „Gewalthat“ angewendet — eintreten würden, und er selbst würde der erste sein, der dazu riefte, oder dazu griffe. Auf den Wortlaut kommt es so genau nicht an; ich glaube, daß ich seinen Gedankengang richtig wiedergegeben habe. Der Herr Abgeordnete billigt also die Mordthaten der Nihilisten in Rußland; die schändliche Ermordung des Kaisers Alexanders II. hat ihn in seinen Uebersetzungen nicht erschüttert; die Ermordung einzelner pflichttreuer Beamten der russischen Regierung, deren Gegenstand wir in Frankfurt erlebt haben, hat ihn in seiner Uebersetzung nicht irre geführt, daß der Einzelne berechtigt sei, wenn die Regierung nach Grundsätzen betrieben wird, die er seinerseits nicht billigt und für unerträglich hält, zum Mordmord zu greifen. Zu dieser Theorie hat sich der Abg. Bebel, der Führer dieser Bewegung, bekannt; wir können also nicht daran zweifeln, daß seine Anhänger und die mit ihm gehen, derselben Meinung sind, und daß sie auch es für erlaubt halten, bei uns in Deutschland zum Fürstenmord und zum Mordmorde überhaupt zu greifen, wenn unsere Einrichtungen an einer gewissen Grenze angekommen sind, die ihrer Meinung nach das Verbrechen rechtfertigt. Zu beurtheilen, wo diese Grenze liegt, werden sie sich natürlich selbst vorbehalten. Sie werden nicht mich, den Kanzler, oder den Bundesrath fragen: ist jetzt wohl die Grenze eingetreten, wo wir morden dürfen? (Heiterkeit.) Sondern sie werden selbst es beurtheilen und werden nachher ebenso wie die russischen Nihilisten vor dem Richter sagen, wir haben gefunden, die Grenze war da, wo man zum Mordmord und zum Dolch zu greifen die Berechtigung hat. Der Nord gehört zu den allgemeinen Menschenrechten. (Heiterkeit rechts.) Ja, meine Herren, der Abg. Bebel hat dieses gesagt und nachdem er so lange jetzt diese Richtung vertreten hat und der hervorragendste Führer seiner Partei gewesen ist, ist es nicht wahrscheinlich, daß dies ein augenblicklicher Einfall von ihm gewesen ist; ich glaube, er hat seinen innersten Herzensgedanken mit einer Offenheit bekannt, die ja in seinem Charakter im Allgemeinen liegen mag; aber wir müssen auch daraus schließen, welches die letzten Ziele dieser Herren sind. Wollen wir nun diese eventuellen Mordgründe, die sich nur so lange, wie sie die Einrichtungen für vernünftig halten, den Fürstenmord verlagert haben, auf 5 Jahre oder auf 3 Jahre oder auf 2 Jahre binden? So liegt die Frage, nachdem der Herr Abg. Bebel den Mordmord zum Programm der Partei unter gewissen Umständen ausdrücklich erklärt hat, was er früher immer geleugnet hat. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten; sehr richtig! rechts.) — Ich berufe mich auf den Wortlaut, und ich glaube, daß wir in der Unmöglichkeit sein werden, nach einem Ablauf von 2 Jahren den eventuellen Mordmord in unsere politische Theorie aufzunehmen. Es liegt in dieser Aeußerung des Herrn Abg. Bebel eine Aufforderung für die gesetzgebenden Versammlungen, sich die Frage vorzulegen, ob nicht solchen Theorien gegenüber das Ausnahmegesetz in ein definitives verwandelt werden sollte. (Sehr richtig! rechts.) Aber, meine Herren, natürlich kann die Regierung, wenn Sie ihr dasjenige, was Sie auf 5 Jahre verlangt, nur für 3 Jahre oder gar nur für 2 Jahre bewilligen wollen, ihrerseits daraus keine Frage auf Tod und Leben für dieses Gesetz machen; sie wird mit Bedauern das Minus annehmen müssen, aber sie wird das Gesetz nicht fallen lassen oder zurückziehen, wenn Sie bis auf 2 Jahre zurückgehen. Sollte aber der Termin noch länger, auf ein Jahr gegriffen werden, — ja, meine Herren, dann finde ich es wirklich kaum der Mühe werth; denn wenn wir heute über 3 Jahr schon wieder dieselbe Diskussion erneuern sollen, dann — möchte ich sagen — ist die Uebersetzung, daß dieses Gesetz zur Erhaltung unserer inneren Sicherheit und zur Sicherstellung unserer künftigen Entwicklung ein notwendiges sei, noch nicht tief genug in unserer Bevölkerung, in unsere Wähler eingedrungen; dann leben wir lieber noch ein Jahr ohne dieses Gesetz, und dann wollen wir es wieder bringen.

**Abg. Bebel:** Wenn der Herr Reichskanzler wirklich der Ansicht wäre, daß ich die Aeußerungen gethan, die er von mir zitiert hätte, so könnte für ihn gar nicht die Frage einer Verlängerung des Sozialistengesetzes in Betracht kommen. Er müßte dasselbe für immer aufrecht erhalten, ja noch verschärfen. Aber er hat selbst bemerkt, daß ihm der Wortlaut meiner Rede nicht vorliege. Ich kann ihn nur auf den stenographischen Bericht verweisen, den ich an dieser Stelle abthätlich untorrigirt passiren ließ. Es lautet in Bezug auf eine Aeußerung des „Sozialdemokrat“ aus dem Jahre 1881 über die Ermordung des Jaren Alexander, daß ich die Aufzeichnung des „Sozialdemokrat“ vollständig akzeptire. Ich habe Rehnliches bereits 1881 gesagt, und ich bin sehr erkrankt, daß die Wiederholung dieser Bemerkung jetzt eine so außerordentliche Aufregung hervorgerufen hat. Ich habe erklärt, daß, wenn der Despotismus wie in Rußland auch bei uns Dogmen seierte, es ganz natürlich sei, daß sich eine Partei bilde, die zu denselben Mitteln griffe, wie der Nihilismus. Hiernach habe ich nicht im Geringsten den Verdacht ausgesprochen, daß wir, vorausgesetzt, daß nicht eine totale Umgestaltung der Dinge bei uns eintritt, auf Wege kommen können, wie sie der Nihilismus eingeschlagen hat. Ich hoffe aber, daß der Herr Reichskanzler besser in der Lage sein wird, zu beurtheilen, wie meine Aeußerungen aufgefaßt werden müssen. Er hat sie aber, wie schon bemerkt, selbst nicht anders aufgefaßt, sonst wäre er nicht für eine Verlängerung des Gesetzes auf eine bestimmte Dauer eingetreten. Wertwürdiger Weise wird meiner Person eine Bedeutung beigelegt, die weit über die Wirklichkeit hinausgeht. Dagegen muß ich Bewahrung einlegen, weil meine Partei und auch ich selbst eine ganz andere Auffassung von der Bedeutung von Persönlichkeiten

haben. Die Sozialdemokratie ist ein Produkt unserer modernen Verhältnisse, und als ein solches Produkt fasse ich auch mich auf, und wenn ich heute beiseite läßt auf irgend eine Weise, so würde das die sozialistische Bewegung so wenig aufhalten wie der Tod größerer Männer, wie Lassalle und Marx auf diese Bewegung von Einfluß gewesen ist. Als Lassalle vor 22–23 Jahren starb, war der Glaube verbreitet, daß die soziale Bewegung erloschen sei. Der Glaube war damals um so begründeter, als die Bewegung in ihren ersten Anfängen begriffen war und die Anhänger derselben sich auf wenige Tausende belief, während jetzt Hunderttausende, ja vielleicht Millionen hinter uns stehen. Vor wenigen Tagen ist eine Versammlung aufgelöst worden, in der ich, wie Herr v. Büttamer selbst anerkannt hat, in ganz maßvoller und objektiver Weise referirt habe; das ist ein Zustand, wie er haarsträubender nicht gedacht werden kann (Rufe rechts: „russischer“), zunächst noch nicht; erst wenn wir nicht mehr in dieses Haus kommen können, dann werden wir sehr nahe an russischen Zuständen sein. Sie werden nun, woran Sie sind, Sie wissen, ob es zweckmäßig ist, solche Zustände herbeizuführen. Herr Graf Ballestrem hat die Nothwendigkeit der Verlängerung des Sozialistengesetzes damit gerechtfertigt, daß wir ausgeprochene Feinde der Religion, des Gottesbegriffs, der Monarchie seien. Herr Graf Ballestrem soll jedoch bedenken, daß wir in Europa 40 Millionen Menschen haben, die in einer Republik leben, man kann also republikanische Gesinnung doch nicht als ein Verbrechen auslegen. Das kann nur von rückständigen Leuten geschehen. Was die Abschaffung der Ede betrifft, so wäre es mir sehr interessant, zu erfahren, wo dieselbe in unserem Programm befürwortet ist, das ist nicht einmal in Schriften geschrieben; ich selbst habe in einer Broschüre über diese Frage ausgeführt, daß unter anderen Eigenthumsverhältnissen auch die Beziehungen der Geschlechter andere werden müßten (hört, hört! rechts), als sie geworden sind im Laufe der Geschichte. Wenn Sie wissen wollen, wie wir über diesen Punkt denken, so kann ich Ihnen und vor Allem Herrn von Büttamer nur anempfehlen die Schrift von Friedrich Engels über die Entstehung des Privateigenthums, der Ehe und des Staates zu lesen. Ich weise Sie übrigens noch darauf hin, daß wir auch unter dem Regiment des Herrn Fürsten Bismarck zu einer wesentlichen Umgestaltung des Gesezes gekommen sind. (Widerpruch rechts.) Was die Religion und den Gottesbegriff betrifft, ein Punkt, auf den auch Herr v. Herling hingewiesen hat, so möchte ich den Herren vom Centrum zu bedenken geben, daß atheistische Anschauungen nicht unter das Sozialistengesetz fallen. David Strauß' Schriften können auch jetzt unbeanstandet verbreitet werden. Sie (im Centrum) haben zu diesem Argument wohl nur gegriffen, weil Sie wissen, daß es am meisten bei Ihren Wählern einschlägt. Von Intoleranz dürfen Sie am allerwenigsten reden; wenn es in Ihrer Macht stände, wenn Ihre Kirche die Nachtmittel noch besäße, welche Sie vor 3, 4 und 5 Jahrhunderten besessen hat, so würde sie noch heute mit Scheiterhaufen gegen den Protestantismus vorgehen. Sie rechtfertigen jetzt Ihre Abstimmung damit, daß es etwas anderes sei, ein Gesetz zu verlängern, als ein neues Gesetz einzuführen. Aber dieselben Gründe, die Sie jetzt für die Verlängerung anführen, hätten Sie früher zu der Einführung des Gesetzes bestimmen müssen. Sie hätten besser gethan, wenn Sie einfach gesagt hätten: wir halten das Sozialistengesetz für eine notwendige Institution. Vielleicht haben Sie diese Uebersetzung schon 1878 gehabt. Aber damals war die Erinnerung an die Kaiserliche noch so frisch und damals war auch die Zusammenkunft des Hauses eine andere. Sie waren von vornherein sicher, daß das Gesetz angenommen werden würde. Herrn v. Herling's Argumente für die Verlängerung der Sozialistengesetze waren dieselben, die früher die Nationalliberalen für die Ausnahme-gesetze gegen die Ordensgesellschaften geltend gemacht haben. Ich komme nun zu Herrn Stöder, der sich auch in seiner gestrigen Rede als einen hohereinstimmigen Beloten gezeigt hat. (Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.) Wenn es einen Mann giebt, der zum Klassenhass aufzureisen fähig war und der dazu aufgereizt hat, so ist es Stöder, und die Eigenschaften, die er den Juden vorwirft, haben auch viele Deutsche; unter Herrn Stöders eigener Partei sind viele Millionäre und Milliardäre. Ich erinnere an die vielen Grundbesitzer, die auf der Rechten sitzen! Ein Blatt des Herrn Stöder, der „Staatssozialist“ ist ebenfalls dem gegenwärtigen kapitalistischen System zu Liebe gegangen; und manches Organ meiner Partei hat das Sozialistengesetz mit Argumenten angegriffen, die es dem „Staatssozialisten“ entnommen hatte. Ohne das Sozialistengesetz wäre die Agitation Stöders in Berlin garnicht möglich gewesen. (Sehr richtig! links.) Allerdings hat ja Herr Stöder einzelne Leute unserer Partei abgewandelt gemacht; aber was für Leute waren das! Ich erinnere an die Attentäter Hödel und Nobiling, die beide Herrn Stöders heilig-sozialen Vereinen angehört haben. (Unruhe rechts.) Wenn bei der letzten Wahl noch Sozialdemokraten ihre Stimme Stöder gaben, so wird es nach seiner gestrigen Rede zum letzten Mal gewesen sein. Herrn Stöders Stern ist in Berlin im Niedergange! (Ob! rechts.) Umgekehrt wird die deutsche Sozialdemokratie auch unter dem Sozialistengesetz nur wachsen; und die jüngste Wahl in Nordschlesien hat bewiesen, daß wir nicht nur in den Industriebezirken Fortschritte machen, sondern auch in den ländlichen Kreisen mehr und mehr an Boden gewinnen. Dafür gebe ich Ihnen die Gewähr! Wir haben unsere Lebensfähigkeit genug bewiesen; und was man auch gegen uns einwenden möge, wir werden doch ferner wachsen und an Macht zunehmen, und wir werden schließlich Staat und Gesellschaft zwingen, unseren unabweisbaren Forderungen gerecht zu werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Reichskanzler Fürst v. Bismarck:** Ich könnte mich einfach auf den Anfang der Rede des Herrn Abg. Bebel beziehen, um das zu bekräftigen, was ich, als ich zuletzt sprach, behauptet habe, und sagen: habemus reum constantem. Aber hinter dem, was der Abg. Bebel in Bezug auf meine Anschuldigung ihm gegenüber gesagt hat, kam so viel anderes, daß es darüber vergessen werden könnte. Ich halte es deshalb für erforderlich, zum Beweise, daß ich nicht zu viel gesagt habe in meiner ersten Aeußerung, den mit jetzt vorliegenden stenographischen Bericht von gestern zu verlesen. Herr Bebel hat danach gesagt:

Herr v. Büttamer glaube hier insbesondere wieder auf eine Rede aufmerksam machen zu müssen, die ich einmal vor Jahren, wenn ich nicht irre, bei Beratung des Sozialistengesetzes im Jahre 1881, wenige Tage nach der Ermordung des Jaren in Rußland, in diesem Hause gehalten habe. Nun, das beweist nun mindestens, daß, wo die Gelegenheit sich bietet, Niemand von uns sich scheut, seinen Standpunkt, was immer für einer Frage gegenüber auszusprechen. Habe ich aber damals, wie Herr v. Büttamer mir unterstellt, den Fürstenmord verberthet? (Rufe des Staatsministers v. Büttamer.) — So?! Da wäre mir sehr interessant, wenn Sie die Stelle wörtlich genau zitiren könnten. Ich habe damals — und der Angriff des Herrn von Büttamer richtete sich auch gegen einen Artikel des „Sozialdemokrat“ — ganz wie das heute ähnlich bei einer anderen Gelegenheit geschah — in dem ausgeführt ward, daß das System, das in Rußland herrsche, mit Nothwendigkeit den Nihilismus geboren habe, mit Nothwendigkeit zu Gemaltem führe, wie sie in dem Jaren-Mord ihr es Ausdruck gefunden hätten. — Ich habe damals dies Ausführungen des „Sozialdemokrat“ akzeptirt, indem ich erklärt habe: das System, wie es in Rußland herrscht, muß mit Nothwendigkeit zu solchen Mitteln führen.

Ich habe damals dies Ausführungen des „Sozialdemokrat“ akzeptirt, indem ich erklärt habe: das System, wie es in Rußland herrscht, muß mit Nothwendigkeit zu solchen Mitteln führen.

Ich habe damals dies Ausführungen des „Sozialdemokrat“ akzeptirt, indem ich erklärt habe: das System, wie es in Rußland herrscht, muß mit Nothwendigkeit zu solchen Mitteln führen.

Ich habe damals dies Ausführungen des „Sozialdemokrat“ akzeptirt, indem ich erklärt habe: das System, wie es in Rußland herrscht, muß mit Nothwendigkeit zu solchen Mitteln führen.







zweiten Kindes entgegen ging, so nahm man an, daß Franke den Nord begangen habe. Er wurde deshalb festgenommen und in das Amtsgerichtsgefängnis hierher abgeführt; bei der Leiche war eine Wache zurückgelassen worden. Umgekehrt um 10 Uhr begab sich eine Gerichtskommission mit dem Verhafteten, welcher inzwischen gefesselt worden, nach dem Orte, wo die Leiche lag, um den Thatsbestand aufzunehmen. Man fand den Blig vielfach mit Blut getränkt und hier und dort Theile des Gehirns. Aufmerksam war der Mörder am Sonntag Abend mit seinem Opfer auf dieser Chaussee spazieren gegangen und hat dann schließlich das Mädchen mit einem zirkel 2 Zoll starken Knäuel dermaßen auf den Kopf geschlagen, daß dieser Knäuel in fünf Theile zerbrach. Nachdem sich das Mädchen jedenfalls gewehrt und vielleicht auch um Hilfe gerufen, hat der Mörder den ziemlich starken Knäuel mit einem Chausseebaum herausgerissen, hiermit die Unglückliche völlig getödtet und das Gesicht fast unerkennlich gemacht. — Bei den Verhör, welche am Thatorde angefaßt der Leiche, sowie nachher im Amtsgerichtsgebäude mit dem Festgenommenen angestellt wurden, leugnete derselbe hartnäckig. Erst am Abend gelang es dem Gefangenwärter, den Mörder zum Geständnis zu bewegen. Der Mörder ist aus Brunsdorf, wofelbst seine Eltern nach wohnen und sich allgemeiner Achtung erfreuen. Montag Nachmittag um 3 Uhr traf der Staatsanwalt Dr. Menge aus Berlin auf dem Thatorde ein. Dienstag Nachmittag fand die Sektion der Leiche in dem Spritzenhause zu Gr. Radnow statt, wofelbst sie vom Thatorde hingeschafft worden war.

Es ist nicht Alles Gold, was glänzt. Vor dem Laden eines Hoflieferanten in der Königsstraße fuhr neulich eine Equipage vor, ein Diener in Livree öffnete den Schlag und zwei seine Damen entstiegen demselben. Sie wünschten einen Toilettenkasten mit Eisenbein Sachen zu kaufen, konnten sich aber bei der Wahl nicht entschließen und baten um Aufwendung von drei solcher Kästen zur Auswahl, welche einen Werth von circa 600 Mark repräsentirten. Der Kaufmann sandte die gewünschten Kästen; nach zwei Tagen erhielt er sie zurück. Bei der Revision entdeckte er in einer Eisenbein Haarbürste Spuren von Pomade und eine Anzahl Haare. Der Zusammenhang war ihm bald klar. Er eilte nach dem Hause, in welchem die betreffende „Herrschafft“ wohnte und fragte bei einem im Keller wohnenden Budler, ob gestern da oben vielleicht Gesellschaft gewesen sei. Die Antwort lautete bejahend. Man hatte sich die Feiertage also geliebt, um mit ihnen zu paradien und ein ahnungsloser Unglücklicher hatte auch richtig eine Haarbürste daraus benutzt. Die ingenieure Gattin mußte das Vergnügen mit 25 Mark für die Bürste büßen, wozu sie sich allerdings erst nach lebhaftem Drängen entschloß. Mit Früher-Sendungen zur Auswahl vor großen Hüllen wird vielfach solcher Unfug getrieben. Die Damen paradien dann jedesmal mit einem neuen Fräcker, der sie nicht einmal Belohnung

In der königlichen Klinik in der Ziegelstraße wurde am Montag zu später Nachtstunde ein kaum 15jähriger junger Mann eingeliefert, welcher sich mit einem Revolver eine Kugel in das Schläfenbein gefeuert hatte. Ueber die Ursache dieser schrecklichen That erfahren wir, daß der junge Mann, der Sohn wohlhabender Eltern in der Friedrich-Wilhelmstadt, am Abend mit seinem Vater einen Ausritt gehabt hatte, sich darauf in ein Nebenzimmer begab und hier einen geladenen Revolver auf seine Stirn abschloß. Ein schnell hinzugerufener Arzt konnte nichts weiter thun, als die Ueberführung des jugendlichen Selbstmörders, dessen Zustand ein hoffnungsloser sein soll, nach der gedachten Anstalt zu veranlassen.

## Vereine und Versammlungen.

Da. „Die deutsche Sozialdemokratie im Reichstage.“ war das Thema, über welches der Reichstagsabgeordnete W. Liebknecht vor der imposanten Volksversammlung sprach, welche in der „Tonhalle“ unter Vorsitz des Herrn Lehmann stattfand. Die nach Tausenden zählende Menge hörte mit gespanntester Aufmerksamkeit den eindringlichen Vortrag des Referenten, der beim Erscheinen aus freudigster Begrüßung wurde. Die Ausführungen des Herrn Liebknecht hatten etwa folgenden Gedankengang: Zwei Irrthümer werden über die parlamentarische Thätigkeit der deutschen Sozialdemokratie verbreitet. Die Anhänger des Sozialistengesetzes kolportieren, daß selbe sei von erheblicher Wirkung auf uns gewesen, wir seien gemäßigter geworden. Eine zweite Meinung geht dahin, wir hätten unsere Taktik im Reichstage verändert, seitdem wir dort eine Fraktion von 25 Mann bilden. Beide Ansichten sind Irrthümer oder gar Lügen, die hundert Mal widerlegt, immer wieder vorgebracht werden. Schwärmer für die Art Parlamentarismus, wie er in England besteht und früher in Frankreich war, sind wir selbstverständlich nicht. Aber wir gehören zu denen, die eine parlamentarische Regierung in dem Sinne anstreben, als wir die Souveränität dem Volke zuweisen, als wir wollen, daß das, was die Majorität fordert, vollzogen wird. Das allgemeine Wahlrecht ist der Schlüssel des politischen Lebens und wir sind deshalb verpflichtet, an der Gesetzgebung Theil zu nehmen, so weit es die Kräfte gestatten. Das haben wir vom ersten Moment unseres Eintritts in das parlamentarische Leben gethan. Bei Beratung der Gewerbeordnung im norddeutschen Reichstage wurden schon von unserer Seite Abänderungsanträge gestellt und einige davon, wie der auf Abschaffung der Arbeitsbücher, auf Einführung des Fabrikinspektors, wurden auch bald oder späterhin angenommen. 1 1/2 Jahre vor dem Attentatsjahre brachten wir einen vollständigen organischen Gesetzentwurf für den Arbeiterbund ein, der, wenn man die Fortschritte der Bewegung seit jener Zeit in Rechnung zieht, ebenso umfassend ist, wie jener, den wir in voriger Session eingebracht haben. Es ist also nicht schön, fortwährend die Lüge zu verbreiten, wir hätten uns erst seit dem Sozialistengesetz auf parlamentarischen Boden gestellt. Es gab eine ganz kleine Strömung in unserer Partei und ich gehörte zu ihr, die in sehr abfälliger Weise vom Parlamentarismus sprach. Das war im Jahre 1889. Ich hatte Grund zur Annahme, daß der Reichstag mit einem zu geringen Maß von Rechten ausgestattet werden würde, und ich hielt es deshalb damals für das Beste, den Schwerpunkt der Thätigkeit der Partei nach außerhalb des Reichstages zu verlegen. Seitdem sind ganz andere Verhältnisse eingetreten. Das allgemeine Wahlrecht ist im Volke so lebendig geworden, daß das Deutsche Reich weder durch einen Stoß von außen noch durch einen Schlag von innen über den Haufen geworfen werden kann. Das allgemeine Wahlrecht wird ein Mittel, das delämpfte System umzuwälzen und eben ist die Betheiligung an den Debatten im Reichstage in agitatorischer Hinsicht zur Verbreitung der Grundsätze unserer Partei von außerordentlichem Werthe für uns. Das Prinzip ist der Polarstern, den wir fest im Auge behalten; aber wahnstimmig wäre der Schiffer, der lieber nicht segelt, wenn ihm der Wind nicht voll in die Segel fällt. Die Mittel wechseln mit den Verhältnissen. Wird das allgemeine Wahlrecht beschritten, so wäre der ein Thor, der noch Hoffnungen auf das Parlament setzte. — Die zweite irrtümliche Behauptung sagt, seit wir zahlreicher geworden, operirten wir anders, überstürmten wir den Reichstag mit Anträgen. Wir sind jetzt eine Fraktion geworden und können manches thun, was früher unmöglich war. Es werden auch nicht mehr Reden als früher von uns im Reichstage gehalten: wir wollen den politischen Retro des Volkes nicht abtumpfen und unsere Partei nicht „verlastern“ lassen. Wir sind alle einig, daß der parlamentarischen Thätigkeit ganz bestimmte Grenzen gezogen werden müssen. Wir können nicht operiren wie Bismarck und die Zerstörer im englischen Unterhause, den uns Herr Gynndman als Muster empfiehlt. Die Irlander stehen auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschafts-

ordnung; sie haben nicht alle Parteien als Gegner, wie wir, sie ähneln in ihrem Verhalten dem Buntum. Wir aber haben ein festes Programm, von dem wir kein Tütelchen osfern. Wenn wir mit anderen Parteien „kompromissvoll“ wollten, so wäre das ein Verrath an der eigenen Partei. Wenn wir etwas nehmen, so geschieht es, weil es sich in derselben Richtung bewegt, wie unsere Forderungen, von denen wir dabei nicht einzeln aufgeben. Jeder Kongress hat ein Baktrium mit anderen Parteien bei den Wahlen verurtheilt; — bei den Stichwahlen ist es anders, da wählt man das Kleinere Uebel. Jeder Tag unserer parlamentarischen Thätigkeit belchrt uns, daß uns gegenüber alle Parteien eine reaktionäre Masse sind. — Bei der Frage der Dampfersubvention sind Differenzen in der Fraktion entstanden, die mehr oder weniger persönlicher Natur, leider zu einer Polemik in der Presse führten. Damals streuten unsere Gegner das Gerücht von einer großen Spaltung in unseren Reihen aus. Wir sollten und theilen in solche, die Parlamentarismus treiben und solche, die nichts von ihm wissen wollten. Jene Behauptung ist ganz sinnlos. Bei der Nordostseeanfrage, wo doch dieselben prinzipiellen Fragen in Betracht kommen, waren wir vollkommen einig. Jener Streit veranlaßte uns aber, uns gründlich über den Kern der Frage zu verständigen; inwiefern ist eine parlamentarische Thätigkeit empfehlenswert; oder ist das ganze Wählen zu verwerfen, wie die Anarchisten meinen, die da sagen, daß Staat, Herr und Polizei sich nicht durch Beschlüsse wegblasen lassen und daß deshalb die Betheiligung an den Wahlen das Volk mit falschen Hoffnungen abspeist. Unter uns war aber auch nicht ein einziger, der die Betheiligung an den Reichstagswahlen als vom Uebel gehalten hätte. Soll nun aber, fragten wir weiter, es beim Appell an das Volk bleiben, sollen wir in den Reichstag nicht eintreten, wenn wir Mandate erhalten haben? Einmüthig sagten wir, es sei selbstverständlich einzutreten, wenn wir uns betheiligt haben. Jacoby legte im Jahre 1874 sein Mandat, als er im Wahlkreise Leipzig-Land gewählt war, nieder. Das Volk aber will praktische Thätigkeit, reine Agitation versteht es nicht und seine Antwort war, daß wir auf 10 Jahre den Wahlkreis verloren haben. Wie weit soll nun unsere Thätigkeit im Reichstage gehen? Hier gingen die Ansichten auseinander. Die Theilung war aber nicht so, daß auf der einen Seite die standen, die gewöhnlich als rother gelten, als die anderen. Nein, zu denen, die geneigt waren, die parlamentarische Thätigkeit auf das geringste Maß zu beschränken, gehörten solche, die im Geruche der Mäßigkeit stehen. Schließlich wurde eine Art Mittelweg gewählt. Man beschloß, sich nicht an allen, aber an den wichtigsten Kommissionen zu betheiligen, an der Wahlforschungs-, Petitions- und Arbeiterschuss-Kommission. Es scheint mir aber, daß unsere Arbeit in diesen Kommissionen im Verhältnis zu den praktischen Resultaten zu hoch gewesen ist, und diese Erfahrung vor Augen, glaube ich, daß, wenn wir abermals über die Frage der Theilnahme an den Kommissionen beschließen, die Zahl derer größer sein wird als jetzt, die für eine Einschränkung dieser Thätigkeit sind und den alten Grundsatzen besolgen wollen, uns nur durch 2 oder 3 Mann vertreten zu lassen und nur bei den wichtigsten Gelegenheiten geschlossen auf dem Blage zu sein. — Das allgemeine Wahlrecht ist revolutionär und konservativ zugleich. Es giebt dem Volke die Möglichkeit, durch den Stimmgabel seine Schicksale zu ordnen und wenn das Volk das noch nicht besser thut, ist es seine Schuld. In einem Staat, wo ein echtes Wahlrecht besteht, ist jeder Grund zum gewaltsamen Umsturz weggefallen. An die Stelle der Kugel ist der Stimmgabel getreten. Die Wahl zeigt, wie stark eine Partei ist. Schließt ein Staat aber die Arbeiter vom Wählen aus, dann werden die Leidenschaften erregt und die Partei überschätzt die Zahl ihrer Anhänger. Dann sagt sie: greifen wir zur Gewalt; das arbeitende Volk, das sind die Millionen, die Herrschenden sind die wenigen Tausende. Das ist ein Gedanke, der den Arbeitern in Oesterreich leicht kommen kann und in schlimmen Zeiten kommen muß, wie die furchtbaren Szenen in Belgien beweisen. Kolossal überschwängliche Hoffnungen hat ein Theil der deutschen Arbeiterpartei auf das allgemeine gleiche Wahlrecht s. B. gesetzt. Man glaube, es wäre ein Kinderspiel, in wenigen Jahren die Majorität der Wähler gewonnen zu haben. Statt dessen ergaben sich erstaunliche Misserfolge. Millionen des arbeitenden Volkes stimmten für die Gegner des arbeitenden Volkes. Der „Unverstand der Massen“, das war der Feind! Wenn das Volk sich seiner Lage bewußt wäre, dann müßten wir statt 600 000, 6 Millionen Stimmen haben. Das zeigt, wo unsere Aufgabe liegt. Das Proletariat erlag trotz aller Tapferkeit im Kommune-Aufstand, weil das Land die Städte niederwarf. Durch einen Gewaltstreich wird nichts erzielt, das Volk muß reif für die Idee werden. Wird das Wahlrecht endlich gehandhabt, so sind wir, ohne einen Tropfen Blut zu versprigen, die Sieger! Man hat uns die Schuld für die belgische Arbeiterrevolte beigemessen wollen. Dort aber ist der Arbeiter von allen politischen Rechten ausgeschlossen, ungebildet, brutalisiert. Der Sozialismus lehrt aber, daß der Arbeiter durch solche Gewaltthaten sein Voss als Klasse nicht bessern, als Person nur verschlechtern kann. Daß Deutschland durch die schwere Zeit der jetzigen Krise ohne nennenswerthe Arbeiterunruhen hindurchgeht, ist ein Verdienst unserer Partei! Ruhig und in aller Stille hat sich hier in Deutschland eine gewaltige wirtschaftliche Revolution vollzogen, ist an die Stelle der Kleinbürgerlichen die gewaltige großbürgerliche Produktion getreten. Daneben gehen große politische Veränderungen, die in die Gründung des Deutschen Reiches auslaufen. Welcher Szenenwechsel hat in Italien, Spanien, Frankreich stattgefunden! Was geht in Rußland, dem Hort der Reaktion, vor sich! So groß, wie die Veränderungen sind, die innerhalb der letzten 20 Jahre in Europa geschehen sind, so groß werden die sein, die in den nächsten 20 Jahren sich ereignen! — Nach diesen Ausführungen besprach der Redner eingehend die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu den verschiedenen in der Session an den Reichstag herangetretenen Fragen der inneren und äußeren Politik. Die Kolonialpolitik, der Glaube, daß die soziale Frage in Kamerun und nicht in Deutschland gelöst werde, wurde von Liebknecht scharf kritisiert. Er bezeichnete als Heilmittel der Ueberproduktion, die Produktion dem verderblichen Mechanismus der Sonderinteressen zu entziehen und sie als genossenschaftlich organisierte Arbeit zur Sache der Gesamtheit zu machen. — Sodann wendete sich der Redner gegen die thörichte Behauptung, den Monopolvorlagen der Regierung läge ein sozialistischer Zug zu Grunde. Nicht Sozialismus sondern Fiskalismus ist es, der vollkommen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehend, Exploitation in der schlimmsten Form unter Ausschluß der Konkurrenz treibt. Hierbei nahm Redner Gelegenheit, auf den Mißbrauch hinzuweisen, der mit dem Worte „Staatssozialismus“ getrieben werde. Die sog. Staatssozialisten wollten den Klassenstaat in den Besitz schließlich aller Industrien setzen. Dabei denke man sich aber das heutige Lohnsystem als fortbestehend. Das sei wieder nur Fiskalismus und was vom Fiskus zu erwarten sei, könne man an den Dänenprojekten sehen. Nun kam der Redner auf die Polendebatten und das Nationalitätsprinzip zu sprechen. Er betonte, daß es keine Rassen nicht gäbe, nur Misrassen und daß, wenn alle Nicht-Germanen aus Deutschland vertrieben werden sollten, ein allgemeiner „Herauswusch“ stattfinden und nicht 10 pCt. der Bevölkerung zurückbleiben würde. Das vollendetste Staatsweien der Welt, Amerika, lenne eine Nationalitätsfrage nicht, ebenso wenig die frei Schweiz. Oesterreich werde an ihr sterben, weil nur die Freiheit sie lösen könne. Wenn man den preussischen Landtag dem Reichstag gegenüber national nenne, so vergesse man, daß er nur einen Theil der Nation vertritt und gewählt auf Grund des schlechtesten Wahlsystems, wie Fürst Bismarck es selbst genannt habe, nicht als Ausdruck des Volks-

willens gelten könne. Das sei allein der Reichstag. Faul hält er sich freilich beim Sozialistengesetz. Zum Schluß beschloß sich der Redner mit dem Arbeiterschussgesetz und mit der gebäffigen und verleumderischen Kritik, die dasselbe bei den gemäßigteren Parteien gefunden habe, weil der Entwurf praktisch sei und sich gegen ihn nicht das tolle Gespens in Bewegung setzen lasse. Das Arbeiterschussgesetz sei nicht die Lösung der sozialen Frage, aber es erleichtere die Lösung, weil es das Proletariat an Leib und Seele gesund erhalte. Zu den theoretischen Differenzen über den Minimallohn und den Normalarbeitstag bemerkte Liebknecht, daß jede objektive Kritik zur Klärung der Anschauungen beitrage, daß jede theoretische Polemik ein Zeichen der Stärke der Partei sei. — Der größte Erfolg, der errungen, sei der, daß alle Parteien gezwungen worden wären, die soziale Frage an die Spitze der Programme zu stellen. — Der Redner schloß folgendermaßen: Begreift das Volk seine Interessen, dann sind wir die Majorität, dann wollen wir den sehen, der uns entgegentritt. Passalle sagte einmal: Das allgemeine Stimmrecht ist keine Wunschselbste, vermittelt deren wir mit einem Etsalage die Boxen der Zukunft sprengen. Aber es ist ein Werkzeug, es ist ein Hammer, den jetzt freilich das Volk selber noch gebraucht, um sich Ketten zu schmieden. Wenn das Volk aber zum Verständnis kommt, dann wird es mit demselben Hammer auch die Ketten erschlagen können! — In den stürmischen Beifall, der sich hierauf erhob, schallten die Worte des Arbeiterschussgesetz, welcher die Besammlung für aufgelöst erklärte. Brauende Hochrufe auf Liebknecht und die Sozialdemokratie wurden ausgebracht. Dann stimmten die Versammelten die Arbeitermarschallise an, und langsam aber in vollster Ordnung leerte sich der Saal.

\* Der Fachverein sämtlicher an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigter Arbeiter veranstaltete am Sonnabend, den 3. April, sein erstes Stiftungsfest, wozu Freunde und Gönner des Vereins eingeladen sind. Zur Abrechnung und zur Zahlung der Beiträge (vor der am 18. April stattfindenden Generalversammlung) haben die Mitglieder am Montag, den 5. April, Abends 8 1/2—9 1/2 Uhr, im Arbeits-Nachweis, Mariannen-Ufer bei Bähn Gelegenheit.

\* Gauverein der Maler Berlins. Außerordentliche Generalversammlung am Mittwoch, den 7. April, Abends 8 Uhr, in Stratewits Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79. Tagesordnung siehe Inserat am Sonntag.

\* Fachverein der Tischler. Sonnabend, den 3. April, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28, Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Hans Land über: „Die Werthschätzung des Lebens in unserer Zeit.“ Diskussion, Fragebogen. Ausgabe der statistischen Fragebogen. Gäste sind willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Den Mitgliedern, sowie allen Tischlern Berlins zur Nachricht, daß freiwillige Beiträge zur Unterstützung der streikenden Tischler in Bayreuth und Lübeck in der Versammlung, sowie am Sonnabend Abend auf den Bahnhöfen gegen Quittung in Empfang genommen werden.

## Lezte Nachrichten.

Der König von Serbien hat das Entlassungsgesuch des Ministeriums Garaschanin angenommen. Die Minister verbleiben indessen bis zur erfolglosen Neubildung des Kabinetts im Amte.

Die Wiener „Neue freie Presse“ erhält aus Odessa die Mittheilung, daß Rußland Vorbereitungen zu einer demnächstigen Okkupation Bulgariens treffe. Auf dem dortigen Generalkommando sollen schon die versiegelten Ordres zur eventuellen Ueberschiffung der Truppen nach Varna bereit sein. Diese Nachricht ist mit Reserve aufzunehmen. Die Wiener unterrichteten Kreise glauben, wie die „Post“ meint, nicht, daß Rußland gegenwärtig eine militärische Intervention in Bulgarien im Sinne habe.

Der Redakteur des „Cri du peuple“, welcher am 30. früh in Charletoi eingetroffen war, ist verhaftet und an die Grenze gebracht worden. — Aus Dinant wird gemeldet, daß in den dortigen Reinofabriken ein Streik ausgebrochen, ca. 300 Arbeiter feiern, im Uebrigen herrscht Ruhe; die Bürgergarde ist für den Notfall bereit.

Die französischen Präfekten und kommandirenden Generale an der belgischen Grenze erwiderten auf Anfragen der Minister des Innern und des Krieges, daß sie die verfügbaren Truppen für alle Möglichkeiten ausreichend halten. In Decazeville haben nun auch die Grubenarbeiter, welche die Hochöfen bisher mit Kohle versorgten, die Arbeit eingestellt, was das Ausblafen der Hochöfen nach sich zieht. Die Zahl der Unbeschäftigten steigt dadurch um 2500. Kriegsminister Boulanger's Untersuchung hat ergeben, daß aus Velfort kein Telegamm abgegangen ist, welches die Theilnahme der Soldaten am nächsten sozialistischen Aufstande zusagte.

## Kleine Mittheilungen.

Dortmund, 29. März. Ein Raubmord ist hier in vergangener Nacht verübt worden. Auf einem frisch gepflügten Felde wurde in der Nähe des Knappenberger Weges die Leiche eines Arbeiters gefunden; neben demselben lag das leere Portemonnaie geöffnet; der Leiche war auch der Kopf ausgezogen, der aber in einem Garten in der Umgebung der Stadt wieder gefunden worden ist. Der Tod des äußerst kräftigen jungen Mannes ist durch Erdrosseln herbeigeführt, und zwar ist das Verbrechen mit der bloßen Hand, ohne Anwendung irgend welcher sonstiger Hilfsmittel ausgeführt. Der Ermordete ist der 19 1/2-jährige Fabrikarbeiter Dietrich Ruhs von hier. Von dem Thäter fehlt jede Spur.

Metz, 29. März. Ein Raubmord wurde am 27. März, Nachmittags, in dem 16 Kilometer von Metz entfernten Dorfe Bierrevillers verübt. Die Frau des Wirthes Baubiffin war zu dieser Zeit allein mit ihrem dreijährigen Kinde in der Wirthschaft au point du jour, als ein bis zur Stunde noch schlüssiges Individuum eintrat und, nachdem es sich vor der Abwesenheit des Mannes und der Kräfte überzeugt hatte, der Frau (wie die Blätter melden) nach heftigem Kampfe die Kehle durchschnitt. Das Messer, mit welchem die unglückliche That verübt wurde, war vorher in einer benachbarten Ortschaft gestohlen worden. Auch das dreijährige Kind der Gemordeten erhielt mehrere Schnittwunden in den Hals, die jedoch nicht gefährlich sind. Der Mörder verschloß nach geschehener That die Thüren und entfernte sich unter Mitnahme der 30 M. enthaltenden Kasse durch das Fenster.

## Briefkasten der Redaktion.

S. Sperber. Schreiben Sie nicht zu klein, wenn wir Ihre Einwendungen künftig berücksichtigen sollen. Trinkhalle 25. 1. Die Herrschafft ist berechtigt, die Kur- und Verpflegungskosten für erkranktes Gesinde, zu welchem letzteren auch Ammen gehören, von dem verdienten Lohn in Abzug zu bringen, außer wenn sich das Gesinde die Krankheit durch den Dienst oder bei Gelegenheit des Dienstes zugezogen hat. 2. Der Fall, daß eine in Diensten stehende Amme nothwendig ihrem eigenen Kinde die Brust reichen muß, ist zwar im Gesetze nicht ausdrücklich vorgesehen, wenn jedoch eine dringende Nothwendigkeit hierfür vorliegt, so muß die Amme für berechtigt gehalten werden, den Dienst ohne Kündigung unter Angabe des Grundes zu verlassen.